Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 28. Juni 1928 — Nummer 149

Schiffbruch der Koalitionsschieber

Einheitsfront Hindenburg, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie / Das Trustkapital gegen einen Vizekanzler

Hermann Müller will seinen Auftrag an Hindenburg zurückgeben

Die geprügelte SPD

Berlin, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Regierungskuhhandel Hermann Müllers, der, wie es schien, gestern endlich seinen Abschluß finden sollte, hat einen Schiffbruch erlitten.

Das Zentrum versteifte sich auf die Ueberlassung des Vizekanzlerpostens an Dr. Wirth. Entsprechend den Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei lehnte Hermann Müller diese Forderung ab. Nachdem das Zentrum in einer neuen Fraktionssitzung beschlossen hatte, auf der Schaffung und Besetzung des Postens des Vizekanzlers zu beharren, begab sich Hermann Müller zu Hindenburg, und, wie das Berliner Tageblatt berichtet, gab der Reichspräsident zu verstehen, daß er nicht gewillt sei, sich von einer Partei Vorschriften machen zu lassen und den Vizekanzlerposten ablehne und Hermann Müller das Zentrum hiervon in Kenntnis setzen solle. Das Zentrum aber, dem Hermann Müller dies mitteilte und dem er noch die Besetzung des Finanzministeriums anbot, hielt seinen Standpunkt vollkommen aufrecht.

Das Auftreten des Zentrums ist nicht zuletzt die Folge der Politik der Sozialdemokraten. Nachdem diese fast sämtliche Forderungen der Volkspartei berücksichtigt haben, will auch jetzt das Zentrum, daß seine Forderungen erfüllt werden. Wie der heutige Vorwärts mitteilt, kam Hermann Müller in den Besprechungen mit dem Zentrum sogar neben dem Angebot des Finanzministeriums auch ohne Widerspruch ihrem Verlangen nach dem Vizekanzlerposten entgegen, nur der Reichspräsident und die Volkspartei würden sich dagegen stellen. Der Vorwärts schreibt dazu:

„Man muß schon sagen, daß demnach die Sozialdemokratie mehr als das Mögliche getan hat, um mit Wirth und seiner Fraktion zu einer Verständigung zu gelangen. Es hat aber alles nichts genutzt."

Das Zentrum wird sich heute darüber schlüssig werden, ob es angesichts der Einheitsfront Hindenburg-Deutsche Volkspartei-Sozialdemokratie seine Forderungen nach dem Vizekanzlerposten oder dem Innenministerium fallen läßt oder darauf beharrt.

•

Die Frage des Zustandekommens der Regierungsbildung ist demnach wieder völlig ungeklärt. Die Haltung der sozialdemokratischen Führer in ihrem Bestreben, unbedingt die Große Koalition zustande zu bringen, wird immer jämmerlicher und blamabler, sie enthüllen sich immer mehr als die Schildknappen der Deutschen Volkspartei, der Vertreterin des deutschen Trustkapitals und des neudeutschen Imperialismus.

In den bürgerlichen Parteien sind gestern die Cliquenkämpfe mit erneuter Heftigkeit entbrannt. In der Fraktion der Volkspartei gab es einen ordentlichen Krach. Der bekannte Scharfmacher Scholz gibt sich nicht geschlagen. Demonstrativ legte er den Vorsitz seiner Fraktion nieder und will ihn nur wieder aufnehmen, wenn in Zukunft alle selbstherrlichen Entscheidungen des Herrn Stresemann über die Fraktion hinweg ausgeschlossen sein sollen. Seine Fraktion sprach ihm dennoch mit großer Mehrheit das Vertrauen aus, anderseits fügt sie sich aber Herrn Stresemann und wird dem Persönlichkeitskabinett, falls es doch noch in irgendeiner Form zustande kommen sollte, eine vorläufige Duldung angedeihen lassen.

Nicht minder stark ist der Konflikt im Zentrum. Nachdem die Hindenburg-Clique den Vorschlag, Herrn Wirth zum 2. Außenminister mit den Befugnissen eines Vizekanzlers zu machen, abgelehnt hat, haben im Zentrum die Wirth-Gegner wieder Oberwasser bekommen und sie selbst präsentieren jetzt zur Abwechslung den Weinflaschen-Hermes als Kabinettsmitglied. Herrn Wirth sind seine Jugendsünden nicht vergessen, aus der Zeit, wo er erklärte, im Ernstfalle würde er an die Seite der Arbeiter treten. Man hat ihm das jetzt noch nicht verziehen, obwohl inzwischen aus der jungen Hure eine alte Betschwester geworden ist. Wie aus der gestrigen Nachmittagspresse zu ersehen ist, verlangte das Zentrum von den bestürzten Sozialdemokraten als Ersatz für den abgelehnten Vizekanzler das Innenministerium und war dafür bereit, das zweifelhafte Vergnügen des Schlichtungsministeriums, das Herr Brauns übernehmen sollte, den Sozialdemokraten zu überlassen. Wie mitgeteilt wird, hat sich die SPD in letzter Stunde bereits nach einem geeigneten Arbeitsminister in den eigenen Reihen umgesehen und ihre Wahl ist, wie nicht anders zu erwarten war, auf den Streikabwürger Wissell gefallen. Das sind die letzten Nachrichten über die Kombinationen bei diesem unbeschreiblichen Kuhhandel.

Inzwischen wird gemeldet, daß Hermann Müller heute 9,30 Uhr wieder zu Hindenburg gehen wird, um ihm Bericht zu erstatten. Nach Aeußerungen aus sozialdemokratischen Zeitungen ist zu erkennen, daß Hermann Müller dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zurückgeben werde. In der sozialdemokratischen Presse herrscht über das Diktat und die unnachgiebige Haltung der bürgerlichen Parteien große Niedergeschlagenheit. Der sonst so geschwätzigen linkssozialdemokratischen Presse in Sachsen ist die Puste ausgegangen. Die Leipziger Volkszeitung bezeichnet das Resultat der Verhandlungen zweier Wochen als die „Komödie der Irrungen" und den Plan des Kabinetts der Persönlichkeiten als die „Große Koalition in verschlechterter Auflage". Das aber ist alles. Die Chemnitzer Volksstimme, das Organ Paul Levis, das Sächsische Volksblatt und die Tante vom Wettinerplatz drucken willfährig die Informationen des Parteivorstandes ab. Sonst haben sie nichts zu sagen.

Ob Hermann Müller noch lange schmerzliche Stunden erleben wird, bis er mit einem zur Not besetzten Ministerium bei Hindenburg aufwarten kann, bleibt noch sehr zweifelhaft, obwohl er alles getan hat, um als Schildknappe der Volkspartei den Forderungen des neudeutschen Imperialismus bei der Regierungsbildung Rechnung zu tragen.

Das Ganze nennt sich „Linksregierungsbildung" und vollzieht sich vor den Augen von 12½ Millionen Linkswählern, zum Spott und Hohn ihrer antikapitalistischen Entscheidung vom 20. Mai. Wenn diese Zangengeburt Hermann Müllers doch noch glücklich perfekt werden sollte, dann werden so manche sozialdemokratische Arbeiter am Ende doch einsehen, welchem Bankert sie zum Leben verholfen haben. Um so entschlossener und energischer aber muß die Sammlung zum Kampf um die Forderungen der Werktätigen einsetzen. Vor den Massen und mit den Massen muß der schonungslose Kampf um den Sturz dieser Schandregierung des parlamentarischen Schwindels unter der Herrschaft des Trustkapitals aufgenommen werden. **Zu diesem Kampfe die breiten Schichten der Massen zu gewinnen, das ist unsere Aufgabe.**

Nach dem Bundestag

Kampf den Spaltern der Arbeitersportbewegung

Von Fritz Wiest, Berlin

Der Leipziger Bundestag des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes ist zu Ende. Die sozialdemokratische Presse triumphiert. Ihre Spalten sind ausgefüllt mit Verleumdungen der oppositionellen Delegierten auf dem Bundestag. Der Verlauf und das Ergebnis des Bundestages wird zum Anlaß genommen, die Hetze gegen die Kommunistische Partei und gegen die oppositionellen Arbeitersportler fortzusetzen, um hinter dieser Hetze ihre bürgerliche Orientierung zu verdecken.

Wohl noch nie fand in der Geschichte der deutschen Arbeitersportbewegung eine Bundestagung statt, wo ein ähnlicher Druck der Bureaukratie auf die Delegierten ausgeübt wurde und wo unter brutaler Anwendung der Geschäftsordnung die oppositionellen Delegierten zum Schweigen zu bringen versucht wurde.

Dennoch brachte dieser Bundestag keine besondere Ueberraschung. Die Delegierten standen schon Wochen und Monate, bevor sie ihre Reise nach Leipzig antraten, unter dem Eindruck, daß in Leipzig sich ungewöhnliche Ereignisse abspielen werden. Die Hetze in der sozialdemokratischen Presse ging so weit, daß es eine Reihe sozialdemokratischer Delegierter auf dem Bundestag gab, die vor Beginn der Tagung der Meinung waren, dieser Bundestag würde eine generelle Entscheidung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bringen. Anderseits waren sich die oppositionellen Genossen, besonders die aus Berlin, Rheinland, Westfalen und Halle bewußt, daß in Leipzig eine scharfe Auseinandersetzung zu erwarten ist, daß die sozialdemokratischen Führer bereits zu Beginn der Tagung die Opposition mundtot machen werden, daß vor den oppositionellen Delegierten die Aufgabe steht, ihren Standpunkt sachlich und mit aller Schärfe zu vertreten und dabei die Spaltungspolitik der Bureaukratie im Arbeiter-Turn- und -Sportbund zu entlarven.

Es ist den reformistischen Führern gelungen, mit den neunzehntel sozialdemokratischen Delegierten eine Politik durchzusetzen, wie sie der Parteivorstand der SPD vorgezeichnet hat. Bekenntnis zur Sozialdemokratie, Herauswurf oppositioneller Funktionäre zur Herabminderung des kommunistischen Einflusses besonders in den industriellen Bezirken, Wegräumung aller politischen Hindernisse, um den Weg zur Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Organisationen freizulegen.

Damit hat der Bundestag nach außen hin deutlich erkennbar den Arbeiter-Turn- und -Sportbund zu einer von der SPD „betreuten" Organisation gestempelt und sie der Koalitionspolitik der SPD-Führer mit der Bourgeoisie dienstbar gemacht. Der Arbeiter-Turn- und -Sportbund soll letzten Endes als „Volkssportbewegung" die Arbeitermassen für die Interessen des neudeutschen Imperialismus einspannen. **Der größte Teil der Delegierten war sich zweifellos der Tragweite der gefaßten Beschlüsse nicht bewußt.** In stärkstem Maße wurden die SPD-Delegierten unter Parteidisziplin gestellt. Nicht nur die Anwesenheit Crispiens als Vertreter des Parteivorstandes der SPD, der der Tagung ihren Stempel aufdrückte, sondern auch die Regie des Bundesvorstandes blieb auf die SPD-Delegierten nicht ohne Wirkung. Die diktatorische Anwendung der Geschäftsordnung, der offensichtliche Druck des Bundesvorsitzenden Gellert auf eine Reihe sozialdemokratischer Delegierter konnte nicht entbehrt wer-

Der Kriegshetzer Seeckt

über die Rüstungsbestrebungen des neudeutschen Imperialismus

München, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der General Seeckt ließ sich gestern über die imperialistischen Ziele Deutschlands hören. Er propagierte eine Militarisierung des ganzen Volkes nach dem Muster des Paul Bonkourschen französischen Militärgesetzes. Beim letzten Kriege — führte der Kriegshetzer Seeckt aus — habe sich eine unzulängliche organisatorische Vorbereitung herausgestellt, eine völlige Verrechnung über den Umfang des Munitionsbedarfs. Daher müsse in Zukunft die ganze Nation für den Kriegsdienst vorbereitet werden. Die Zeit der Massenheere gehe zu Ende, es beginnt — meint Seeckt — die Zeit der Multimassenheere. Der letzte Krieg habe keine militärische Entscheidung gebracht, sondern nur eine völlige Erschöpfung. Die Lage in der Welt sei heute so, daß kein Staat auf keine „Friedens"-Armee, die den Kader für die kommende Kriegsarmee abgebe, verzichten könne und bestimmte Vorbereitungen zur „Verteidigung"-treffen müsse. Die Masse müsse durch Werte (Phosgen und Schwarze Reichswehr!) ersetzt, dem Material müsse der Geist (abgezogen von Stahlhelm-Seldte-Likörflaschen) gegenübergestellt werden. Hohen militärischen Wert habe nur ein Berufsheer, für Verteidigung aber müsse jeder Waffenfähige vorbereitet sein. Nicht Berufsheer oder Volksheer — sondern Berufsheer und Volksheer. Für das Berufsheer sollen internationale Bestimmungen (Seeckt entspricht mit dieser Forderung der augenblicklichen Lage, wo die Kriegsrüstung Deutschlands unter der Kontrolle der Völkerbundimperialisten vor sich geht) angestrebt werden. Das Heer der Zukunft sei: Berufsheer mit möglichst langer Dienstzeit und das System der allgemeinen Wehrpflicht als militärische Jugendausbildung mit dem Ziel der körperlichen Ertüchtigung. Einstellung der gesamten Industrie auf Waffenlieferung im Kriegsfalle.

•

Seeckt, der Vater der neuimperialistischen Rüstungen, zeigt hier mit zynischer Offenheit die nächste Etappe der Militarisierung Deutschlands und zugleich auch die Kriegsziele, Seite an Seite mit Churchill und Poincaré gegen die Sowjetunion an. Es wird die Aufgabe des Hermann-Müller-Kabinetts mit Hundsfott-Groener sein, diese Ziele zu verwirklichen. Kampf bis aufs äußerste gegen die imperialistische Kriegsgefahr und ihre hauptverantwortlichen Zutreiber.

SLUB
Wir führen Wissen.

den, um bei wichtigen politischen Entscheidungen die Opposition unter Führung der Kommunisten möglichst zu isolieren. Bis zur letzten Stunde mußten Bundesleitung und Fraktionsmacher der SPD alles aufbieten, um immer wieder die Stimmung gegen die Opposition von neuem zu entfachen und dadurch die größtmögliche Geschlossenheit der sozialdemokratischen Delegierten zu erreichen. Dabei passierte es wiederholt, daß Gellert und Genossen sich in den Angriffen, Verleumdungen und Verdächtigungen nicht nur auf die Opposition beschränkten, sondern diese Taktik auch auf Sozialdemokraten ausdehnten. Bereits am Donnerstag wurde durch Mitteilungen aus der Bundesvorstandssitzung besonders die Fußballsparte unter stärksten Druck gesetzt. Die wichtigsten Entscheidungen wurden in der Kreisvertreterkonferenz bereits am Freitag abend gefaßt.

Der Aufmarsch sozialdemokratischer Paradepferde bei der Bundestagseröffnung war der Hauptschlag für die von langer Hand organisierte Mandatsentziehung bei fünf Berliner Delegierten. Einige der prominenten sozialdemokratischen Führer mußten gar bald einsehen, daß die Durchführung der vom SPD-Parteivorstand erhaltenen Aufträge nicht ohne brutale Brechung des Widerstandes auch der sozialdemokratischen Delegierten möglich war. Ihre Spaltungspolitik mußten sie bereits am zweiten Tage dadurch maskieren, daß sie erklärten, auch mit kommunistischen Funktionären zusammenarbeiten zu wollen, wenn diese SPD-Politik machen. Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden also von der Bureaukratie eingeladen, den Spitzbuben zu machen, die Antwort darauf war trotz Schwächung der kommunistischen Delegation durch Mandatsentziehung noch stärkerer Widerstand der oppositionellen Delegierten gegen die Provokationen und gegen die Spaltungspolitik der Reformisten. In der Montagssitzung haben 66 Delegierte, das ist ein Viertel der Stimmberechtigten, gegen den Abbruch der Beziehungen zur KPD gestimmt. Dabei ist die parteipolitische Zusammensetzung des Bundestages keineswegs ein Spiegelbild von der Stimmung der Mitgliedschaft.

Das Mandat des Genossen Hamm, Essen, wurde liquidiert, trotzdem er mit der höchsten Stimmenzahl auf der Fußballspartentagung des 6. Kreises als Bundestagsdelegierter gewählt wurde. Aehnliche Erscheinungen sehen wir in anderen Bezirken und Kreisen, wo die Sozialdemokraten ihre Mehrheiten rücksichtslos für die Delegation von nur Sozialdemokraten ausnutzten.

Ein besonders interessantes Bild bot die Dienstagssitzung. Die Krönung der sozialdemokratischen Orientierung sollte durch das Referat des katholischen Sportgenossen Schreck über „Ziele und Wege des Bundes" erfolgen.

Aber, o Schreck, die Delegierten verließen während der Rede den Sitzungssaal. Nur ein kleines Häuflein blieb zurück. Die anderen zogen ein Frühstück der „geistigen" Kost vor. Die Mahnungen und Drohungen Gellerts und Schrecks nach Art eines Dorfschulmeisters konnten die Stimmung nicht mehr heben.

Die Opposition auf dem Bundestag hat trotz der fortgesetzten Schikanen, Verleumdungen und Anpöbeleien durch die SPD-Einpeitscher die Klassenaufgaben der Arbeitersportbewegung herausgearbeitet und konsequent gegen die Auslieferung der Arbeitersportbewegung an die Bourgeoisie angekämpft. Das Auftreten der kommunistischen Delegierten hat ferner dazu beigetragen, daß sozialdemokratische Delegierte, denen die Politik der Bundesführung zu weit ging, ermutigt wurden und besonders bei der Behandlung der Reichsbannerfrage und des Verhältnisses zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände mit der kommunistischen Auffassung übereinstimmten. Sie brachten das auch bei den einzelnen Abstimmungen zum Ausdruck.

Für die weitere Arbeit der Kommunisten im Arbeiter-Turn- und -Sportbund wie in der gesamten Arbeitersportbewegung ist besonders wichtig, daß die Kommunisten bei der Auswertung des 16. Bundestages alle klassenbewußten und revolutionären Arbeitersportler sowohl sozialdemokratische als auch parteilose im Kampf gegen den Rechtskurs sammeln.

Die Spaltungspolitik der SPD, die unerhörten Provokationen der Reformisten haben eine starke Erregung und Empörung in der gesamten Arbeiterschaft ausgelöst.

Eine breite Protestbewegung muß einsetzen. Es muß alles getan werden, um den Spaltern in den Arm zu fallen. Haben die sozialdemokratischen Führer in unzähligen Fällen die Interessen der Arbeiterklasse und der Arbeitersportler der Koalitionspolitik geopfert, so wird die Politik der SPD bei der Bildung einer Regierung „der Köpfe" noch arbeiterfeindlicher werden.

Die Aufgaben der Opposition in der deutschen Arbeitersportbewegung sind klar und deutlich niedergelegt in der von der Opposition vorgelegten Resolution zum Geschäftsbericht. Mögen die reformistischen Sportführer auf Grund der gefaßten Beschlüsse mit Riesenschritten den Weg zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie beschreiten. Die Arbeit der Kommunisten, die Entlarvung der Politik der Reformisten in der Arbeitersportbewegung ist um so dringlicher und muß Hand in Hand gehen mit der Sammlung aller Arbeitersportler unter den Losungen der Opposition.

Für eine eindeutige proletarische Klassenpolitik. Für die Einheit und gegen die Ausschlüsse oppositioneller Mitglieder. Für Urabstimmung über die Spaltungsresolution. Für Aufrechterhaltung des Boykotts aller Veranstaltungen der Bürgerlichen, auch wenn die Behörden Veranstalter sind. Gegen jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Sport- und Wehrverbänden. Für die Herstellung engster Beziehungen zu allen proletarischen Klassenorganisationen.

Verbandstag des DMV

Karl Marx im Generalrat der Internationale am 20. Juni 1865:

„Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam infolge unbedachten Gebrauchs ihrer Macht. Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerillakrieg (Kleinkrieg) gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisatorische Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen, das heißt die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen."

Diese Aufgabe, die Karl Marx den freien Gewerkschaften zugewiesen hat, wollen die revolutionären Kollegen mit Unterstützung der 8¾ Millionen freier Gewerkschaftler erfüllen.

Beseitigung der Lohnknechtschaft

ist das Ziel, dem die gewerkschaftliche Opposition zustrebt!

Darum wählt am 1. Juli bei den Delegiertenwahlen zum Verbandstag in Karlsruhe nur solche Kandidaten, die revolutionäre Gewerkschaftsgrundsätze vertreten. Solche Vertreter finden die Metallarbeiter auf der

Liste 2

Bela Kun vor dem Klassenrichter

Wien, den 26. Juni 1928

Unter großen Vorsichtsmaßnahmen begann heute vor dem Wiener Schoßengericht der Prozeß gegen Genossen Bela Kun. Das Gerichtsgebäude war mit bewaffneten Wachbeamten überfüllt. Jeder, der mit einer Einlaßkarte versehen, den Sitzungssaal betreten wollte, wurde einer Leibesvisitation unterzogen.

Der Staatsanwalt erklärt zu Beginn der Verhandlung, jene Stellen der Anklageschrift, die sich auf die Sowjetregierung beziehen, zurückziehen zu müssen.

Genosse Bela Kun sagt: „Ich bin nur meiner Partei und der Arbeiterklasse Rechenschaft über meine Tätigkeit schuldig, nur diese können über mich ein Urteil fällen." Er fühlt sich nicht schuldig. Er entrollt in einer scharfen Rede die politischen Hintergründe des Prozesses:

„Meine Absicht ist, die Tatsachen, die mir zugeschoben werden, in ein rechtes Bild zu bringen. Dieser Prozeß ist ein politischer, der Staatsanwalt selbst kann es nicht leugnen, daß ich als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Ungarns gearbeitet habe. Dieser Prozeß ist ein politischer Hexenprozeß. Es wurde ein Paragraph ausgegraben, der aus der Aera Kaunitz-Metternich stammt, und der 1852 nach der blutigen Unterdrückung der Wiener und der ungarischen Revolution angewandt wurde, auch gegen Ludwig Kossuth."

Vorsitzender: „Lassen Sie Ausdrücke, wie Hexenprozeß sein, das ist ungehörig."

Genosse Bela Kun: „Ich will nur bemerken, daß während der ganzen Zeit der Untersuchung meine Verteidiger keinen Einblick in das Anklagematerial nehmen konnten. Wenn ich meinen Verteidigern vorgeführt wurde, stand ich unter Bewachung von sechs Beamten der Justizwache. Ich will das letztemal „politischer Hexenprozeß" sagen, weil er nach modernsten Methoden der internationalen Konterrevolution geführt wird. In den Akten sind die Uebersetzungen verfälscht, so einer meiner Briefe in dem ich nur gesagt habe, daß mich der Ausgang der französischen Wahlen nicht befriedige. Der Uebersetzer hat daraus gemacht: „Ich brauche es nicht zu sagen, daß ich während der französischen Wahlen sehr angestrengt bin", was den früheren französischen Minister de Monzie veranlaßt habe, von einer Einflußnahme der Sowjetunion auf die französischen Wahlen zu sprechen."

Dann erklärt Genosse Bela Kun, er sei nach Wien gekommen, weil er von einem Freunde die Verständigung erhielt, daß sich Ungarn auf einen Krieg im Bunde mit Italien gegen die Sowjetunion vorbereite. „Diese Meldung erhielt mein Freund unmittelbar von einem hohen Generalstaboffizier der Ungarischen Armee."

Vorsitzender (Genossen Kun unterbrechend): „Ich gestatte nicht, den Prozeß auf das Gebiet der auswärtigen Politik hinüberzuspielen. Es ist nicht der Ort über die Kriegsrüstungen der ungarischen Regierung zu sprechen."

Genosse Kun läßt sich nicht unterbrechen und fährt fort:

„Unsere Partei kämpft gegen den Krieg, sie bekämpft den Krieg gegen die Sowjetunion. Ich wollte den Kampf gegen den Krieg organisieren, einen Kampf, der nur ein Teil unseres Kampfes ist für das Wohl, für die Befreiung der Arbeiterklasse. Jawohl, die ungarische Regierung rüstet im Bunde mit Italien zum Krieg."

Vorsitzender: „Ich habe Ihnen schon gesagt, bringen Sie diese Frage nicht in die Verhandlung hinein."

Staatsanwalt: „Ich beantrage den Ausschluß der Oeffentlichkeit."

Vorsitzender: „Ich unterbreche die Verhandlung, um über den Antrag des Staatsanwaltes zu beraten."

Nach Verlauf einer knappen halben Stunde erscheint das Gericht, und der Vorsitzende verkündet: „Der Antrag wird abgelehnt und der Angeklagte angewiesen, nicht über auswärtige Politik zu sprechen."

Auf die Anfrage, weshalb er einen falschen Paß benutzt habe, antwortet Genosse Bela Kun: „Als ich von Oesterreich abgeschoben wurde, hat mir die österreichische Polizei auch einen falschen Paß gegeben. Sogar als ich in das Gefängnis eingeliefert wurde, geschah dies unter einem falschen Namen. Offenbar haben die Behörden ihre Gründe zu diesem Vorgehen gehabt. Nun; ich hatte auch meine Gründe dafür. Früher wurde ein Attentat gegen mich verübt, es hätte nicht viel gefehlt, und ich hätte mein Leben lassen müssen. Der Attentäter bekam nur 2 Monate, also keine Strafe, sondern gewissermaßen eine Prämie für weitere Attentate gegen meine Person. Ich mußte mich also vorsehen."

Vorsitzender: „Sie wurden doch aus Oesterreich abgeschoben, warum sind Sie wieder nach Oesterreich zurückgekehrt?"

Genosse Bela Kun: „Meine Ausweisung war keine endgültige. Ich appellierte an den sozialdemokratischen Landeshauptmann und konnte annehmen, daß er diese schändliche Verletzung des Asylrechts nicht zulassen würde. Nun erfahre ich, daß Herr Seitz meine Ausweisung doch bestätigt hat. Auf eine Schande mehr oder weniger kommt es schließlich bei der Sozialdemokratie nicht an."

Dem Genossen Bela Kun wird die Verteidigung dauernd erschwert, bis ihm endlich, da er zwangsnotwendig immer wieder Fragen der auswärtigen Politik berühren muß, das Wort entzogen wird.

Es wird sodann das Beweisverfahren angetreten, ob einige Stellen in den Uebersetzungen gefälscht worden sind oder nicht. Die Gerichtssachverständigen müssen zugeben, daß einzelne Stellen tatsächlich falsch übersetzt wurden.

Das Verhör der anderen Angeklagten, Georg Mayerhofer und Ilona Breuer, ergab die völlige juristische Haltlosigkeit der gegen sie erhobenen Beschuldigungen.

Nach Verlesung der beschlagnahmten Materialien, die sich vor allem auf innerparteiliche Auseinandersetzungen in der KP Ungarns sowie auf die organisatorische Zusammensetzung der KPU beziehen, wird das Beweisverfahren geschlossen.

Der Staatsanwalt flüchtet sich in seinem Schlußwort in die lächerliche Behauptung, es genüge, daß die KPU geheim sei, um sie auch in Oesterreich zu einem Geheimbund zu machen.

In einem außerordentlich eindrucksvollen Schlußwort zerpflückt der Verteidiger Bela Kuns, Genosse Dr. Egon Schönhof, die Basis der Anklage, die er als einen im vollen Sinne des Wortes politischen Racheanschlag bezeichnet.

Der Vorsitzende entzieht Bela Kun auch bei dessen Schlußrede das Wort.

Um 22 Uhr verkündet der Gerichtshof den Urteilsspruch: Bela Kun wird wegen verbotener Rückkehr Falschmeldung und Geheimbündelei zu drei Monaten strengen Arrestes verschärft durch einen Fasttag monatlich, und zur Abschiebung aus Oesterreich verurteilt; die Untersuchungshaft wird ihm in die Strafe eingerechnet. Ilona Breuer wird wegen Beihilfe zu einem Monat Arrest, verbüßt durch die Untersuchungshaft, verurteilt. Georg Mayerhofer wird freigesprochen und sofort entlassen. Der Staatsanwalt meldet gegen das Urteil gegen Breuer und Mayerhofer Beschwerde an.

Justizminister Dinghofer tritt zurück

Eine Folge der Bela-Kun-Verhaftung

Die österreichischen Gerichte hatten die Auslieferung Bela Kuns an Ungarn genehmigt; Justizminister Dinghofer (unser Bild) lehnte die Auslieferung aber aus politischen Gründen ab. Die Großdeutsche Partei, der der Minister angehört, hat sich mit dieser Haltung nicht einverstanden erklärt und den Minister um eine Erklärung gebeten. Justizminister Dinghofer hat diese Erklärung verweigert und seine Demission gegeben.

Fliegerrummel in der Faschistenzentrale

Königshymne und Schwarzweißrot

München, 28. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Empfang der Ozeanflieger, der gestern im bayrischen Faschistenzentrum stattfand, wurde zu einem ungeheuren nationalistischen Rummel. Die zum Empfang der Ozeanflieger entsandte Schupo- und Reichswehrkapelle spielte neben sämtlichen nationalistischen Liedern auch wiederholt die bayrische Königshymne. Auf Beschluß der Stadtverordneten wurde die Vorderfront des Rathauses schwarzweißrot und die Rückfront schwarzrotgold geflaggt. Aus diesem Grunde hatten die sozialdemokratischen Führer eine Beteiligung an dem Empfang abgelehnt.

Dem Schlichter ausgeliefert

Schlichtungskuhhandel im Berliner Metallarbeiterkampf.

Eine gestrige Konferenz aller VVMV-Funktionäre beschloß nach einem 2stündigen Referat des DMV-Bevollmächtigten und einer Diskussion, in der nur ein oppositioneller Redner zum Wort kommen konnte, in der Tarifstreitigkeit über den Lohn- und Manteltarif für die Berliner Metallarbeiter nach der provozierenden Ablehnung aller Forderungen durch die Unternehmer mit knapper Mehrheit, den Schlichter anzurufen. Eine Resolution der Opposition, die den Eintritt in den Streik für den 2. Juli verlangte, wenn bis zu diesem Datum die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter nicht entsprochen hätten, wurde auf Grund des Beschlusses der Anrufung des Schlichters mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Der Hafenarbeiterstreik in Antwerpen

Europa-Preß meldet aus Antwerpen:

Die Hafenarbeiter haben mit 7038 gegen 635 Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Der belgische Reederverband beschloß, auf der Ablehnung der Forderungen der Hafenarbeiter zu bestehen und den ganzen Hafenbetrieb durch Umlegung der Schiffe für die Dauer der Streikbewegung stillzulegen, um dann mit neuen Belegschaften die Arbeit wieder aufzunehmen.

Weißer Terror in Jugoslawien

Die Gewerkschaften verboten — Massenverhaftungen

Zagreb, Jugoslavien, 27. Juni. (Inprekorr.-Meld.)

Der Widerspruch der Arbeiter und Bauern gegen die serbische reaktionäre Diktatur wird von der Regierung mit einem Terror gegen die Arbeiterbewegung beantwortet. Die unabhängigen Gewerkschaften in Agram wurden verboten. 5 Stadtverordnete, viele Arbeiter und Bauern und zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet. Im ganzen Lande werden Massenverhaftungen der Arbeiter durchgeführt.

Nach den jetzt bekannt gewordenen Meldungen aus Agram wurden allein bei den letzten Arbeiterdemonstrationen gegen den faschistischen Mordanschlag im Parlament über 300 Arbeiter verwundet.

Arbeiterführer werden ermordet

Europa-Preß meldet aus Jugoslavien, daß der bekannte Arbeiterführer Murthy das Opfer eines Attentats geworden ist. Als er gestern abend sein Haus verlassen wollte, befand er sich plötzlich mehreren Unbekannten gegenüber, die mit einem Maschinengewehr auf ihn feuerten. Als der Angegriffene tödlich getroffen zusammenbrach, ergriffen die Angreifer in einem

Ein neuer Frauen-Massenmörder in Marseille

TU. Paris, 27. Juni. Einem zweiten Fall Landru kam die Polizei in Marseille auf die Spur bei den Nachforschungen über die Ermordung einer Rentnerin namens Elise Foce in der Villa „Wilde Rose". Außer der Ermordeten entdeckte man, daß der Verbrecher, der sich den falschen Namen Gaillard beigelegt hatte, Heiratsschwindeleien beging und mehrere seiner „Bräute" verschwunden sind. In einer Villa, die der Uebeltäter gemietet hatte, wurden bis jetzt in einem Hühnerstall und im Keller vergraben, drei Frauenleichen zutage gebracht.

Leichter Ausbruch des Vesuv

TU. Rom, 27. Juni. Seit zwei Tagen ist der Vesuv wieder in Tätigkeit. Der leichte Lavaausbruch war bisher ungefährlich. Das Naturschauspiel hat zahlreiche Neugierige angelockt.

Buchbinder! Morgen Urwahl!

Alle Kollegen und Kolleginnen des Buchbinder-Verbandes gehen morgen, Freitag, zur Urwahl und wählen zum Protest gegen die Diktaturmethoden der Gewerkschaftsspitzen, die den Bestand und die Werbekraft des Verbandes außerordentlich stark gefährden, die

Liste 2

Die Kandidaten der Opposition sind:

1. **Siegert**, Alfred, 2. Betriebsratsvorsitzender
2. **Wagner**, Susel, Vertrauensperson
3. **Jainz**, Thea, Mitglied der Kartonnagenbranchenkommission
4. **Brömme**, Paul, Mitglied der Buchbinderbranchenkommission
5. **Meisel**, Hilde, Vertrauensperson
6. **Langer**, Martha, Vertrauensperson
7. **Scholz**, Willy

Alle Kandidaten sind Kollegen und Kolleginnen aus dem Betrieb, die bewiesen haben, daß sie gute revolutionäre Gewerkschaftler sind. Wer für die Liste 2 stimmt, stimmt gegen die Diktaturpolitik und für gewerkschaftliche Einheit, [illegible] gegen Reformismus, für den Klassenkampf.

SLUB
Wir führen Wissen.

Beilage
Donnerstag den 28. Juni 1928

Arbeiterstimme

Nr. 149
4. Jahrgang – Tageszeitung der KPD

Verlegenheitsgestammel

Die Dresdner Volkszeitung beim Lügen ertappt

Wir veröffentlichten am vergangenen Freitag die Briefe zweier aus der SPD ausgetretenen, langjährig organisierten Arbeiter. Die Dresdner Volkszeitung hat zunächst auf diese Briefe geschwiegen. Erst gestern fand sie die Sprache wieder. Unter der Ueberschrift „Kommunistische Kampfesweise" versucht das Blatt zunächst den Uebertritt dieser beiden Genossen als belanglos hinzustellen. Der Uebertritt des Dresdner Genossen Rychwolski, der seit 17 Jahren Mitglied der SPD war, wird mit keinem Worte erwähnt. Die Dresdner Volkszeitung wagt es nicht, die Richtigkeit des Uebertritts und die von uns angegebenen Tatsachen zu bestreiten. Um aber den sozialdemokratischen Arbeitern eine Beruhigungspille zu verabreichen, erklärt das Blatt, daß der Genosse Klein aus Plauen, dessen Brief wir ebenfalls veröffentlichten, schon seit 1924 nicht mehr Mitglied der Partei gewesen sei. Es handle sich bei dem Gen. **Klein nicht um einen Arbeiter, sondern um einen Kaufmann.** Die Kommunisten wollten mit der Bezeichnung „Arbeiter" nur „Eindruck" schinden. Dann bezieht sich die Dresdner Volkszeitung auf das SPD-Blatt in Plauen und erklärt, die KPD unternehme mit der Veröffentlichung dieser Briefe den Versuch, mit kleinlichen Betrugsmanövern für ihre Partei zu werben. Der Vorwurf des Betruges fällt auf die Volkszeitung jetzt voll und ganz zurück. Wo die Lügner sitzen, beweist schlagend die nachstehend abgedruckte Zuschrift des zur KPD übergetretenen SPD-Genossen Klein, die unser Chemnitzer Bruderblatt Der Kämpfer als Antwort auf die verlogene Hetze der Plauener Volkszeitung veröffentlicht. Genosse Klein schreibt:

„Plauen, 23. Juni 1928.

Gift und Galle speit die Volkszeitung über meinen Brief an die Sozialdemokratische Partei. Ich würde es für unter meiner Würde halten, auf die schmutzigen Zeilen einzugehen, wenn darin nicht die kommunistische Presse angegriffen wäre. Es soll einmal klargestellt werden, wer seine Leser betrügt.

Die Volkszeitung behauptet, ich sei schon über ein Jahr kein Mitglied der SPD mehr und beschwindelt damit ihre Anhänger. Erst vor einigen Wochen ist bei mir noch der Parteibeitrag kassiert worden. Dies ist der Redaktion der Volkszeitung bekannt. Sie betrügt also bewußt ihre Leser.

Lächerlich macht sich der Schreiber des Pamphlets in der Volkszeitung mit der Behauptung, ich sei kein Arbeiter. So weit ist es also schon in der SPD gekommen, daß Handlungsgehilfen sich nicht mehr zu den Proleten zu rechnen brauchen. Aber beruhigen Sie sich, Herr Redakteur: seit 1925 übe ich den Musikerberuf aus, allerdings mit kurzen Unterbrechungen, in denen ich als Reisender tätig war. Rechnen Sie Reisende vielleicht auch nicht zu den Arbeitern?

Wenn die Volkszeitung versucht, aus der Veröffentlichung meines Austritts aus der SPD Schlüsse zu ziehen auf die Seltenheit solcher Vorfälle, so kann ich ihr die erfreuliche Mitteilung machen,

daß mit mir zwei Genossen zu gleicher Zeit in die KPD eingetreten sind. Und schon nach einigen Tagen meiner Zugehörigkeit zu der KPD ist es mir gelungen, ein weiteres Mitglied zu werben, auch ein Arbeiter (Techniker), der seit 1919 bei der SPD war und an führender Stelle des Reichsbanners stand.

Sein Austritt aus der SPD erfolgte ebenfalls, weil uns die SPD gemeinsam mit den Pfaffen herrlichen Zeiten entgegenführen will.

Ich habe in letzter Zeit öfters mit SPD-Genossen diskutiert und habe dabei die Wahrnehmung machen können, daß bei ihnen eine arge Mißstimmung über die Politik der SPD herrscht. Es fehlt diesen Genossen nur ein kleiner Anstoß, um sie zur KPD herüberzuziehen. Selbstverständlich fällt es keinem leicht, einer Partei, der man mehrere Jahre angehörte, ohne weiteres den Rücken zu kehren. Es gehören hierzu zahlreiche Enttäuschungen. Gerade bei der SPD sind viele Genossen, die dieser Partei nur noch aus Pietät angehören, und trotz Mißstimmung und Enttäuschungen sich scheuen, den Schlußstrich zu ziehen.

Zum Schluß behauptet die Volkszeitung, ich wäre nicht der Verfasser meines Briefes. Sie beweist damit, wie hoch sie ihre Anhänger einschätzt, wenn sie ihnen nicht einmal zutraut, einen Brief schreiben zu können. Allerdings: einige Zeit „Volkszeitungs"-Leser, und das Gehirn ist unter Garantie verkleistert!

Artur Klein."

Vielleicht nimmt nun die Dresdner Volkszeitung, nachdem sie zu dem Uebertritt des Genossen Rychwolski nichts zu sagen hatte, zu dem neuen Brief des Plauener Genossen Klein das Wort. Mit diesem Brief ist die Volkszeitung auf frischer Tat bei der Lüge ertappt. Doch nicht nur in dieser Beziehung, die Zuschrift des Genossen Klein ist auch noch in anderer Hinsicht interessant. Die Tatsache, daß die Volkszeitung einen Handlungsgehilfen, Reisenden usw. nicht mehr als Arbeiter anerkennt, spricht für sich. Aus der ganzen Notiz der Dresdner Volkszeitung spricht nur die Wut und Verärgerung. Mit ihrem Verlegenheitsgestammel wird das Blatt trotzdem nicht verhindern können, daß die SPD-Arbeiter gerade jetzt, wo die Koalitionspolitik auf Befehl des Parteivorstandes mit allen Mitteln durchgeführt wird, immer mehr die Doppelzüngigkeit der linken Phraseure erkennen. Der Fall des Genossen Klein, der Uebertritt des Genossen Rychwolski in Dresden muß allen ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern eine ernste Mahnung sein, der Partei auch organisatorisch den Rücken zu kehren, mit der sie innerlich schon längst gebrochen haben. Ihr Platz ist in der Kommunistischen Partei!

Schlußsitzung des Bundestages im ATSB

Kommunistenreine Bundesleitung

Der Bundestag des ATSB wurde gestern nachmittag beendet. Gellert und Genossen haben in der Schlußsitzung ihr Spaltungswerk und den Kampf gegen die Opposition fortgesetzt. Dazu waren den reformistischen Herrschaften die niedrigsten Mittel recht. Dieses Mal noch gelang es den Gellert und Wildung, die Mehrheit der Delegierten über ihre wahren Absichten zu täuschen. Und gegen diejenigen, die den sauberen Plan, die freie Turn- und Sportbewegung der Bourgeoisie auszuliefern, den übrigen Sportkameraden enthüllten und dagegen ankämpften, wurde eine rigorose Statutenabänderung durchgesetzt. Damit haben sich die SPD-Führer im Kampf gegen die Opposition einen Freibrief ausstellen lassen. Faktisch wurden damit die oppositionellen Sportgenossen außerhalb der Bundesgesetze stehend erklärt. Noch erkannte die Mehrheit der Delegierten die große Gefahr nicht. **Aber selbst ein großer Teil sozialdemokratischer Delegierter wandte sich mit Entschiedenheit gegen das Spaltungswerk und gegen die Errichtung der Diktatur der Bundesleitung.**

Am letzten Verhandlungstag traten Gellert und Crispien überaus provozierend auf. Ist es nicht bezeichnend, daß die Bundesleitung ausgerechnet dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schreck, der noch heute **gläubiges Mitglied der katholischen Kirche** ist, das Referat über „Wege und Ziele des Bundes" halten ließ? Das beleuchtet blitzhell die Situation. Gellert selbst nahm vor Beginn der Statutenberatung noch einmal das Wort, obwohl eine große Zahl der Delegierten dagegen heftig protestierte.

Er wandte sich dagegen, daß in den Statuten ein Bekenntnis zum revolutionären Sozialismus abgelegt wurde und versuchte seine Gefolgschaft, dahingehende Anträge abzulehnen.

In seiner „Abschiedsrede" überbot sich Herr Crispien noch. Er scheute sich nicht, einen großen Teil der Arbeiterschaft in der rüdesten Weise zu beschimpfen. **Das war nicht** nur kommunistischen, sondern sogar sozialdemokratischen Delegierten zuviel. Es fiel der Zwischenruf: **Schimpffreiheit für Crispien!**

Bei den Wahlen zur Bundesleitung wurden die letzten kommunistischen Mitglieder, Genosse Ellrodt und Genossin Werner, aus der Bundesleitung ausgeschifft. Nun ist die Bundesleitung stubenrein. Die Guillotine, das abgeänderte Statut, ist aufgerichtet, um die Opposition zu köpfen. Die von der Opposition gereinigte Bundesleitung wird nun ungehemmt und unbeschwert das Spaltungswerk in der Arbeitersportbewegung weiter betreiben. Die Gefahr ist groß. Die Arbeiterturner und -sportler im Reiche müssen sich um die Opposition scharen und mit ihr gegen das Zerstörungswerk der Reformisten kämpfen. Das Gebot der Stunde ist: **Kampf gegen die Spaltungsmanöver der Bundesleitung — für die Einheit der Arbeiterturn- und -sportbewegung!**

Nobile über das Ende der „Italia"

TU. Rom, 27. Juni. Amtlich werden die ersten Einzelheiten bekanntgegeben, die Nobile über den Niedergang des Luftschiffes auf dem Eise mitteilt. Daraus geht hervor, daß zuerst die Motorgondel, in der sich der Mechaniker Tomella befand, auf das Eis aufgeschlagen hat, wobei der Mechaniker den Tod fand. Seine Leiche wurde unweit der Stelle gefunden, wo die Führergondel in Stücke ging. Tomella wurde von der Nobilegruppe dort begraben. Von der Luftschiffhülle, erklärt Nobile, daß die in einem Umkreis von etwa 50 Kilometer zu suchen ist. Die Hülle sei abgetrieben worden. Er habe in einer Entfernung von etwa 10 Kilometer eine kleine Rauchsäule bemerkt, die voraussichtlich davon herrührt, daß ein Benzin- oder Oeltank, der von der Hülle gefallen ist, in Brand geriet.

Ueber die Gruppe Mariani liegen noch keine Meldungen vor. Aus Nobiles Mitteilung ist zu ersehen, daß die Gruppe mit Lebensmitteln für etwa 40 Tage ausgerüstet ist. Sie besaß Karten und Instrumente zur Lagerbestimmung, jedoch keine Zelte und Waffen. Der schwedische Meteorologe Malmgreen, der sich bekanntlich in dieser Gruppe befindet, glaubte täglich 10 Kilometer zurücklegen zu können, während der Marschweg vom Standort der Nobilegruppe bis zur Insel Foyn, die von den Zurückgebliebenen werden könnte, zeigt, daß die tägliche Marschleistung der Gruppe Malmgreen nur etwa 5 Kilometer betragen könnte. Als die Gruppe Malmgreen den Standort der Nobilegruppe verließ, war die kleine Radiostation in der Lage, zu empfangen. Sie konnte aber nicht senden. Hierdurch war der Gruppe Malmgreen bekannt, in welche Gegenden Schiffsexpeditionen geschickt worden waren.

Rücktritt des Kabinetts Pilsudski

TU. Danzig, 27. Juni. **Nach bei der hiesigen diplomatischen Vertretung der Republik Polen eingetroffenen Nachrichten ist das Kabinett Pilsudski am Mittwochvormittag zurückgetreten. Der Staatspräsident ernannte den bisherigen Vizepremierminister zum Ministerpräsidenten. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts Bartel wird im allgemeinen die gleiche bleiben wie beim Kabinett Pilsudski. An Stelle des Kultusministers Dobrucki wird Dr. Switalski und an Stelle des Verkehrsministers Rowocki der Warschauer Straßenbahndirektor Kühn treten.**

Metallarbeiter!

Denkt an die Worte eines Rebellen!

(Peter Kropotkin)

„Ihr habt den Sozialismus nicht gewollt, und dafür werdet ihr den Krieg haben. Ihr werdet den Krieg für dreißig Jahre haben, wenn die Revolution dieser ebenso unsinnigen wie schändlichen Lage nicht ein Ende bereiten würde. Wir müssen uns klar darüber sein: Schiedsgerichte, europäisches Gleichgewicht, Abschaffung der stehenden Heere, Abrüstung — das alles sind

schöne Träume ohne jede praktische Wirkung. Es gibt keinen anderen Ausweg als die soziale Revolution.

Wenn diese den Boden, das Werkzeug, die Maschinen, das Rohmaterial und allen gesellschaftlichen Reichtum in die Hände des Arbeiters gegeben und die ganze Produktion reorganisiert hat, dann wird sie den Kriegen, die um die Beherrschung der Weltmärkte geführt werden, ein Ende machen."

Wer denkt heute nicht bei dem Worte an die unzähligen Konferenzen der Diplomatie zur Herbeiführung „stabiler europäischer Verhältnisse"? Erinnerst du dich der Washington-Konferenz für die Abrüstung? *Die stehenden Heere der kapitalistischen Raubstaaten sind heute an Zahl, Ausrüstung und Durchbildung viel gewaltiger als 1914!*

Nur die Gewerkschaftsbureaukratie glaubt an Völkerbund und andere pazifistische Träume. Diese Auffassung ist allerdings der Reflex (Widerspiegelung) ihrer pazifistischen kampffeindlichen Grundeinstellung gegenüber dem Unternehmertum.

Metallarbeiter! Drängt unsere Organisation auf den Boden des Klassenkampfes. Im Zusammenwirken mit allen Arbeiterorganisationen muß unser Verband um die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft ringen.

Entsendet zum Verbandstag in Karlsruhe nur Delegierte, die Mut und Willen zur rücksichtslosen Bekämpfung der Unternehmer durch den vollen Einsatz aller organisatorischen Kraft aufbringen.

Wählt Liste B!

Karl Beyer / Walter Rohde / Alwin Zeller
F. Lewinsohn

Leningrader Brief

Mystik und Konterrevolution in der Stadt Lenins

„... eine Null ist es, nein, eher der Schatten einer Null." H. Heine.

Leningrad, die Wiege der Weltrevolution und der Rätemacht! Die Proletenfeste, die mit seismographischer Empfindlichkeit und moderner Präzision auf die kleinste wissenschaftliche Errungenschaft reagiert, die Stadt Lenins, wo sich in der allgemeinen Gärung nur das Gesunde destilliert, wo die fruchtbarsten Ereignisse sozialer Veränderungen, in unaufhörlichem Wachstum begriffen, kummiert, einen neuen Lebensstil festigen, der jegliche mystische, beängstigende Vorstellungen ablehnt, hier konnte es passieren — man sollte es gar nicht glauben —, daß „Dozenten der Exegetik" (Bibelerklärung), pseudokonteanische Apostel der „reinen Vernunft" ihre Zelte aufschlagen, daß freilich im verborgenen, eine „Kosmische Akademie", ein „Orden des heiligen Seraph" und Freimaurerlogen bestehen konnten, wo gewesene Gardeoffiziere, Adelsmarschälle und sonstiges zaristisches Gesindel gegen die Rätereglerung Ränke schmiedeten! **Diese „Mystiker" sitzen heute hinter** Schloß und Riegel.

Die „Kosmische Akademie" hatte ihren Präsidenten, ihren „wissenschaftlichen Sekretär", verfügte über einen (geheimen) „Konferenzsaal" und zählte in ihren Reihen sogar einige Mitarbeiter unserer „allrussischen", rühmlichst in der ganzen Welt bekannten offiziellen Akademie der Wissenschaften.

In der „Kosmischen Akademie" gab es „Lehrstühle", die in der Allrussischen Akademie der Wissenschaften fehlen, so z. B. Lehrstühle für „Apologie der orthodoxen Kirche", „Geschichte des Judentums in Rußland"; hier beschäftigte man sich mit „Forschungsarbeiten" über die alte russische Orthographie, hier wurde auch die „Geschichte der Tscheka" (?) durchforscht.

Die „Akademiker" hielten Versammlungen (natürlich konspirativ) ab, es wurden Vorlesungen über antisowjetistische Thematas abgehalten, man beriet sich darüber, auf welche Weise man schneller die Bolschewisten verjagen könnte, es wurden konterrevolutionäre Flugschriften gedruckt und verbreitet, man stand im engsten Konnex mit den russischen Emigranten in Westeuropa. In den akademischen Versammlungen sprach man beständig über einen „starken jüdischen Einschlag" im Sowjetregime, wo Juden die Führung haben. Nationaler Haß wurde geschürt durch Vorträge, die folgende „aktuelle" Fragen behandelten: „Die Juden in Rußland" (nach „wissenschaftlichen" Forschungen bekannter Antisemiten; Henry Ford („Das Weltjudentum"); Chamberlain („Die Gründe des jüdischen Einflusses in Europa"); Rilus („Die Weisen von Zion"). Eine originelle „Theorie" wurde aufgestellt, es wurde „bewiesen", daß eine jüdische Geheimorganisation existiert, die den ganzen Erdball „regiert" und deren „Agenten" die russische Revolution „angezettelt" haben. Uebrigens ist diese Theorie nicht neu, sie wurde bereits von dem in Altersschwäche verfallenen Herzog von Neukumberland (reicher Grubenbesitzer) in die Welt gesetzt. Besondere Beachtung fand bei den „Akademikern" auch die „Theorie" von der „Heiligkeit" der alten russischen Rechtschreibung (durch Sowjetdekret außer Gebrauch gesetzt). Die weisen Akademiker behaupteten: die Gnade Gottes, des Herrn, gehört nur dieser alten „Orthographie".

Uebrigens standen diese „reinen Wissenschaften" im akademischen Programm nur an „zweiter Stelle". Die ganze Stoßkraft der akademischen Association gehörte einer praktischen Tätigkeit. Die Delegierten der Akademie und des Ordens des „heiligen Seraph" entfalteten an verschiedenen Orten eine wüste monarchistische Propaganda. Es war das keine dilettantenhafte Tätigkeit, sondern planmäßige, großzügige, fein durchdachte konterrevolute Agitationsarbeit.

In einer Sowjetschule erzählte der Lehrer Andrijewski von dem rohen Charakter des Gen. Rykow. Lamentierte über den „Juden Sinowjew". Im Arbeiterklub der Oktoberbahn erlaubte sich der „Akademiker" K. oftmals antisowjetistische Anspielungen (fein durchsponnen, durch die Blume gesagt). Dieser K., der sich jetzt als Sohn eines Erzbischofs entpuppt hat, hatte es verstanden, sich in die „Kultursektion" des Bezirkskomitees der Eisenbahner einzuschlängeln, dieser redegewandte Rechtsanwalt mit Universitätsbildung und hochqualifizierte Bildungsarbeiter. Ich arbeite auch in der genannten Kultursektion, zusammen mit einigen Kollegen. Wir alle sind Proleten, ohne Hochschulbildung, wir alle haben unsere Jugend in dumpfen Fabrikräumen verbracht. Durch Selbstbildung schufen wir unser Wissen und stellten uns gleich nach der Oktoberrevolution in den Dienst der Aufklärungsarbeit unter den uns nahestehenden Arbeitermassen. Als K. als neuer „Kollege" in unserer Mitte auftauchte, haben wir sofort instinktiv den Klassenfeind gewittert, und den behandschuhten, nach Parfüm duftenden „Gentleman" entsprechend behandelt. Wir sperrten ihm den Weg in die nach Maschinenöl und Arbeiterschweiß duftenden Eisenbahnwerkstätten — das war unser Revier —, und K. konnte nur im Klub, in Bildungszirkeln usw. als anerkannter „Spezialist" die „Geschichte der Arbeiterbewegung in Westeuropa" dozieren, als Konsultant in Rechtsfragen auftreten. Als diese Judaskreatur endlich gefaßt wurde und hinters Gitter kam, konnten wir erleichtert aufatmen. Unsere Befürchtungen hatten sich bestätigt.

— Die „Akademiker" hatten einen „Herzensbund" („entente cordiale") mit der Popenschaft der sogenannten „alten Kirche" geschlossen. Diese „Schwarzbrüder" standen ebenfalls im Dienste der Konterrevolution. Sie zelebrierten oft Seelenmessen für die in Jekaterinburg (Swerdlowsk) „tragisch aus dem Leben geschiedene Zarenfamilie".

Ein Mitglied des „Ordens des heiligen Seraph" und zugleich Mitarbeiterin der Allrussischen Akademie der Wissenschaften, eine gewisse Krjukowa, hatte Reisen in die Tschechoslowakei gemacht, wo sie an der Prager Universität russische Sprache studierte. Vor ihrer Abreise nach Prag erhielt sie vom „Ordensmarschall" Andrijewski (der gleichzeitig in einer Sowjetschule als Lehrer angestellt war) den Auftrag, mit den russischen Emigranten in Prag eine Verbindung anzuknüpfen. Die Krjukowa hat den Auftrag glänzend erledigt. In Prag hatte sie intime Zusammenkünfte mit dem aus der USSR ausgewiesenen Bischof Sergius, mit den weißgardistischen Professoren Lopski und Lapschin, mit verschiedenen weißgardistischen Studentenorganisationen usw. Nach Leningrad zurückgekehrt, hat die K. ein Referat über „das politische und religiöse Leben der 70 000 starken Emigrantenschaft in Prag" vom Stapel gelassen.

Die Mitglieder der „Kosmischen Akademie" und des „Seraph-Ordens" pflegten es, sich nach Schluß der „wissenschaftlichen Vorträge" in der sogenannten „Société de plaisir" (Vergnügungszirkel) zu einem geselligen Beisammensein zusammenzufinden. Dieses „Beisammensein" hatte immer eine sexuelle Note. Hier schwang gewöhnlich Eros sein Zepter.

Die ganze saubere Gesellschaft ist nun dingfest gemacht. Es sind das ausschließlich Monarchisten und ausgesprochene Konterrevolutionäre. 90 Prozent der „Akademiker" haben Hochschulbildung. Sehen wir uns einmal den „Bestand" dieser Sippschaft an. Wir finden dort: einen Gardeoffizier, der in Paris studiert hat, einen Dozenten des Instituts für Kunstgeschichte (Komarewitsch), einen Mitarbeiter der Allrussischen Akademie der Wissenschaften (Krjukowa), einen gewesenen Vorsitzenden der internationalen Vereinigung christlicher Studenten (Obnowienski), einen Laboranten des hydrologischen Instituts, einen Adelsmarschall, einen zaristischen Kreismilitärchef, einen Dozenten des Polytechnischen Instituts, einen Senatorssohn, diverse Morphiumhändler usw. Eine ganze Galerie „gewesener Leute", für welche alles in der Vergangenheit ruht und deren Zukunft ein „Nichts" ist.

Einer dieser „Akademiker" hat auch die „Kosmische Akademie" und den „heiligen Seraphorden" „nach Kant" als „Substanz der Wahrheit und des Gottessegens" benannt. Man könnte aber alle diese konterrevolutionären Geheimverbände eher als „Substanz der Ohnmacht und mißlungener konterrevolutionärer Anschläge" bezeichnen. Ihr Lied ist aus...

Andrei Rostowzeff

Automobilstraßenbau

Rückblick auf die Tagung der Stufa

Die Abbaureife kapitalistischer Wirtschaftsformen offenbart sich sinnfällig in den Fragen des Verkehrs. Die Höherentwicklung der Technik unter kapitalistischen Gesichtspunkten trägt den Todeskeim in sich. Sinnvoll nur dann und dort, wenn und wo Fortschritt (bessere Lebensmöglichkeiten) für die breiten Massen erzielt würde telp (USSR) wird, stellt sie im kapitalistischen Staat ein Krebsgeschwür dar, das durch operative Eingriffe ... nur an andere Stellen des staatlichen Organismus verlegt wird.

Die Rekordsucht, angeblich Spitzenleistungen auf dem Gebiet der Verkehrsfragen beabsichtigend, zeitigt Vernichtung. In einer Woche zwei schwere D-Zugkatastrophen, Rak III mit einem Kater explodiert unweit der von der Stufa (Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau) unlängst befahrenen Strecke zwischen Hohnstein und Porschdorf ein schweres Autobusunglück. . . Diese kurze Auslese genüge. Demgegenüber berührten die Ausführungen der Delegierten zur 4. Hauptversammlung der Stufa, die vorige Woche im Ausstellungspalast stattfand, geradezu naiv. Nach den üblichen „Geselligen Begrüßungsabenden mit Gelegenheit zum Abendessen" traten am 21. Juni die Hauptredner auf den Plan

Der Beigeordnete des Deutschen Landkreistages, Oberbürgermeister Dr. Heymann, schilderte die „großen" Aufgaben, die den Landstraßenverwaltungen infolge des Automobilverkehrs erwachsen sind. Insbesondere behandelte er die Frage der Organisation und der Planmäßigkeit. Von der nach dem Kriege zunächst aufgetauchten Meinung, daß man zu einer gesetzlichen Einteilung der Wege nach Klassen schreiten müsse, ist man abgekommen. Die Trägerschaft der Unterhaltung kann in Deutschland „unmöglich" schematisch verteilt, sondern muß in jedem einzelnen Falle abgewogen werden. In dieser Erkenntnis hat sich im Wege der Vereinbarungen ein erheblicher Uebergang von Straßen größerer Bedeutung auf den höheren Verband (z. B. auf Ländern und Provinzen) vollzogen und ist weiter im Gange. . . (So der Redner Wie es in Wirklichkeit aussieht, beweist nachstehender Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion und die Stellungnahme der sächsischen Landesregierung dazu schlagend.)

Die Kommunisten fordern: **Uebernahme der Straßenbaukosten aller Straßen mit starkem Verkehr auf den Staat, Einsetzung von 30 Millionen Mark für die kommunalen Durchgangsstraßen und Entlastung der Bezirksverbände durch Uebernahme von Mitteln auf den Staat.**

Am Dienstag dem 22. Mai stand der kommunistische Antrag, welcher unten im Schreiben der Fraktion an die Gemeinden im Wortlaut veröffentlicht ist, im Haushaltausschuß A zur Beratung.

Die Herren vom Bürgerblock kamen in nicht geringe Verlegenheit. Der Regierungsvertreter lehnte ab. Da die Zustände nicht abzustreiten sind und die Gemeinden nach Abhilfe drängen, erklärte Herr Blüher, daß er die

passive Resistenz der Regierung

nicht verstehen könne. Die Abstimmung über den Antrag wurde vertagt, damit sich die Bürgerblockparteien untereinander verständigen konnten

Der Berichterstatter Kunath (Wirtschaftspartei) beantragte, alle Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Der Verband der Bezirksverbände hatte eine bescheidene Summe für die Uebernahme von Gemeindestraßen gefordert, aber auch das sollte abgelehnt werden.

Der konkrete kommunistische Antrag solle in der Atempause, die sich die Bürgerblockparteien durch das Aussetzen der Abstimmung verschafft hatten verwässert werden. Das darf ihnen nicht leicht gemacht werden Die kommunistische Landtagsfraktion hat sich deshalb an alle über 1000 Einwohner umfassenden Gemeinden in folgendem Schreiben um Unterstützung ihres Vorgehens zum Nutzen der Gemeinden gewandt:

„An den Gemeinderat — Stadtrat.

So, wie die Wohnungsnot, wird der Straßenbau allmählich eine Katastrophe für die Gemeinden. Kriegs- und Inflationsjahre, gesteigerter Verkehr, geringere Einnahmen machen es vielen Gemeinden zu einer Unmöglichkeit, der Bevölkerung vollwertige Straßen zur Verfügung zu stellen.

Der sächsische Staat hat mit einem außerordentlichen Straßenbauprogramm diese Krise für seine Straßen überwunden. Es muß offen gesagt werden, daß dies auf Kosten der Gemeinden geschehen ist. Die Gemeinden verlangen seit Jahren Abhilfe.

Im diesjährigen Haushaltplan sind aber geringere Mittel eingestellt worden als im Vorjahr. Wir verweisen auf eine Eingabe des Verbandes Sächsischer Bezirksverbände zu dieser Frage an den Landtag. Die dort gestellte Forderung genügt aber keineswegs, eine Katastrophe abzuwenden

Die kommunistische Landtagsfraktion hat bei der Beratung des Kapitels 38 folgenden Antrag gestellt:

1. **alle sogenannten schwarz-gelben Straßen sofort auf den Staat zu übernehmen;**
2. **für die Erneuerung der kommunalen Durchgangsstraßen ein fünfjähriges Bauprogramm aufzustellen und im außerordentlichen Etat als erste Rate 30 Millionen Mark einzustellen;**
3. **die von den Bezirksverbänden nach § 146 der GO aufzubringenden Mittel für den Straßenbau auf den Staat zur Hälfte zu übernehmen.**

Nach der Erklärung der Regierung lehnt dieselbe jede Uebernahme von Straßen ab und verweigert ebenfalls die Mittel für die einmaligen grundhaften Instandsetzungen der Gemeindedurchgangsstraßen. Neben diesem Antrag wurden eine Reihe Einzelwünsche von Gemeinden behandelt. Der Berichterstatter empfahl, diese Wünsche auf sich beruhen zu lassen. Das würde eine schwere Schädigung der betreffenden Gemeinden bedeuten.

Gegenüber diesen Tatsachen war der demokratische Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Julius Hirsch (Berlin) Optimist von reinstem „Wasser". Ein Schwerindustrieller hätte keine prokapitalistischere Rede halten können. Die Probleme der Finanzierung des deutschen Verkehrs erschienen ihm, Hand in Hand mit der . . . zu besteuernden Klasse relativ einfach:

„Die Umwandlung des Kapitals, das wir jetzt als Arbeitslosenunterstützung hingeben, in Betriebsmittel für Straßenbau, verwandle die zehrende Not der Arbeitslosen in wirkende Kraft und in künftig nutzentragende Kapitalanlage."

Hirsch pries das Motorrad als den Kraftwagen „des kleinen Mannes", um mit kühnem Sprung die These aufzustellen, es sei „die Volkskraft für Kapitalsarbeit einzuspannen". Er pries die großartige, kapitalistische Wirtschaftsform, deren Wachstumsdrang durch Kriege abgelenkt, aber nicht zerbrochen werden könne. Geradezu groteske Redeblüten zeitigte er. „Die Arbeit der Nationen ist nicht auf den direkten Verbrauch, sondern auf Schaffung von Arbeitsmitteln für künftige Konsum-Möglichkeiten eingestellt." Das war der höchste Bocksprung des Hirsch, neben dem die Behauptung verblaßte, daß jetzt, entgegen früheren Zeiten „Brot schneller wachse, als Menschen." Nutznießung letzter Tatsache — die im übrigen unbestritten bleibt — könne aber nur die unkontrollierte Privatwirtschaft tätigen. Nicht nur Dr. Hirsch, sondern auch alle anderen Redner, die interessante technische Fragen behandelten, bejahten vor allem die Dringlichkeit des Landstraßenbauproblems. Auf dieses Thema, daß besonders einschneidend für die werktätigen Massen und Kleinbauern ist, sei später ausführlich eingegangen. Ueber den Charakter der Stufa als einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft besteht nach Vorstehendem kein Zweifel. Die werktätigen Massen haben von dieser Gesellschaft nichts die Interessen des Proletariates Förderndes zu erwarten.

Der gefürchtete Siebenschläfer. Das Wetterprophezeien ist eines der ältesten Gebräuche. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich um manches Geschehen ein wahrer Kranz von Legenden gebildet, die noch heute in weitesten Kreisen, vornehmlich der Landbevölkerung, verbreitet und auch oft geradezu gefürchtet werden. So ist es auch mit dem „berüchtigten" Siebenschläfer. Nach dem einen schönen Sommer geben. Natürlich ist dieser Aberglaube vollständig abwegig. Es hat weder in Deutschland einmal hintereinander 7 Wochen Regen noch schönstes Wetter (im Sommer) gegeben. Trotz allem steckt in dieser alten „Bauernweisheit" ein guter Kern. Nach wissenschaftlichen Feststellungen kann man von der Witterung vom 21. Juni bis etwa zum 7. Juli schließen, wie die Witterung des Sommers werden wird. Gibt es in dieser Zeit viel Regen, so wird der Sommer im allgemeinen kühl sein. Es hängt dies mit einer sich über Europa herausbildenden Luftdruckverteilung, die oft das Wetter für Monate entscheidend beeinflußt, zusammen.

Die kommunistischen Stadtverordneten verlangen Einhaltung des Achtstundentages

Genosse Schneider hat folgenden Antrag, der heute mit zur Beratung steht, im Plenum eingebracht:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen:

1. **Von der Firma Dyckerhoff und Widmann bei den Erdarbeiten am Wasserwerk Hosterwitz die Einhaltung und Durchführung des Achtstundentages für die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu fordern;**
2. Nur noch solchen Firmen Aufträge zu erteilen, die von ihren Arbeitern und Angestellten keine Ueberstunden verlangen oder solche leisten lassen.

Die Dresdner Stadtverordneten beraten in ihrer heute 19 Uhr im Neuen Rathaus stattfindenden Sitzung außer den am vergangenen Donnerstag zurückgestellten Punkten u. a. Anträge, die sich mit den Verhältnissen in Mickten-Kaditz befassen. Weiter steht ein Antrag des Genossen Schneider auf der Tagesordnung, der verlangt, daß die Erwerbslosenunterstützung vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an gezahlt wird, sowie ein anderer, der die Errichtung eines Tageskinderheims in Prohlis fordert. Mehrere andere Anträge der Genossen Schrapel und Schwarze befassen sich mit Mißständen in Volksschulen, deren Beseitigung verlangt wird. Dann stehen der Antrag unserer Fraktion, den Wegfall der Jahrmärkte betr., sowie die Anfrage des Genossen Wagner, die sich mit der unterschiedlichen Behandlung der Arbeiter- und bürgerlichen Sportler des Rates kennzeichnet. Der Stadtverordnetensitzung geht eine gemeinsame Sitzung der beiden Körperschaften voraus.

Der Naturheilverein Volksgesundheit Dresden-West, E. V. hält am nächsten Sonnabend und Sonntag eine Feier anläßlich seines 25jährigen Bestehens ab. Der Kommers, in dem dem Verein eine Fahne überreicht wird und der ein reichhaltiges Programm bietet, das mehrere Vereine der Arbeiterschaft Cottas ausführen, findet am 30. Juni im Schusterhaus statt. Für den Sonntag, 1. Juli, ist geplant: Weckruf, Empfang auswärtiger Vereine, Wasserspiele Umzug mit einigen Festwagen und Kapellen unter Beteiligung aller dem Arbeiter-Ortskartell angeschlossenen Vereine Dann auf dem Gelände des Luftbades an der Hebbelstraße allerlei Veranstaltungen, wie Volkstänze, Kinderspiele, gymnastische Uebungen Fußballspiel (Cotta—Helios), Wasserballspiele, Turmspringen, Illumination, Gesang, Konzert usw. Auch hierzu haben die örtlichen Arbeitervereine ihre Mitwirkung zugesichert, so daß in den weiten Luftbadanlagen ein abwechslungsreiches, fröhliches Treiben herrschen wird. Der Verein hat zu diesem Zweck eine Festschrift herausgegeben, die, für beide Tage gültig, zum freien Eintritt und auch zum Sonnen- und Schwimmbad berechtigt. Preis 50 Pfennig. Neben ausführlicher Festordnung für beide Tage, enthält die Festschrift einen „Rückblick" über die Jahre 1903 bis 1928, sowie einen weiteren Aufsatz „Was wir wollen!", in dem in kurzen Worten die gemeinnützigen Bestrebungen geschildert werden, von denen die Einwohnerschaft des Dresdner Westens recht reichlich Gebrauch machen möge. Aus dem „Rückblick" ist zu ersehen, mit wieviel Mühe und Arbeit die Entwicklung des Vereins und die Schaffung und Vervollkommnung der Badanlagen belastet war. Der heutige Stand des Bades mit seinen Anlagen ist ein sehr dringendes Bedürfnis nicht nur der Vereinsmitglieder, sondern auch der minderbemittelten Klasse des Dresdner Westens; eine Erholungsstätte nach getaner Arbeit inmitten eines starkbevölkerten Arbeiterviertels. Am 29. Januar 1903 hatten einige Männer in den Gasthof zu den Linden in Cotta eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Die Anwendungsformen in der Naturheilmethode" einberufen, worauf die Gründung mit 47 Mitgliedern hervorging. In einem Bauerngehöft in Burgstädtel für die Cotteer und in einem kleinen Luftbad an der Sachsenfelder Straße für die Löbtauer Mitglieder waren die ersten Zusammenkünfte. Aber gar bald wurden die Anlagen in Burgstädtel gekündigt und man siedelte 1908 nach dem erweiterten Bau des Luftbades an der Stollestraße über, um aber auch von dort am 31. März 1913 nach dem jetzigen Gelände an der Hebbel- und Steinbacher Straße zu wandern. Der Verein entwickelte sich hier sehr gut, von Jahr zu Jahr wurden die Badanlagen erweitert und vervollkommnet, bis auch hier die Kriegsfurie ein Halt gebot. Seit dieser Zeit finanziell stark in Mitleidenschaft gezogen, hat doch ein guter Stamm von Mitgliedern treu zur Sache gehalten und ist unermüdlich am Aufbau tätig gewesen. Die Beteiligung am Demonstrationsumzug am Sonntag 14 Uhr wird der Einwohnerschaft Cottas zeigen, daß unsre Bestrebungen für die Volksheilweise die volle Sympathie unsrer Arbeitsgenossen und -genossinnen findet. Soweit Korporationen mit Einladungen übersehen sein sollten, sind diese hiermit freundlichst eingeladen. Mit der Bitte um recht zahlreiche Teilnahme am Umzuge (Stellplatz: Sportplatz Hebbelstraße, 13,30 Uhr) ergeht an die Einwohnerschaft das Ersuchen, soweit wie möglich die Häuser zu schmücken und sämtliche rote Fahnen zum Willkommengruße sichtbar werden zu lassen.

Einwohner der Südvorstadt. Alle sympathisierenden Arbeiter, Angestellten, und Beamten sind hiermit zu der am Freitag dem 29. Juni 1928 stattfindenden öffentlichen Versammlung der KPD eingeladen. Referent Stadtrat Paul Gruner Bericht über seine Rußlandreise: „Wie sieht die russische Kommune aus?" Die Versammlung findet im Restaurant Süd-Kasino, Schnorrstraße 3, statt Beginn 19,30 Uhr.

Meine Cousine aus Warschau

Verneuil und immer wieder Verneuil. Diesmal seine „Meine Cousine aus Warschau" im Albert-Theater. Inhalt: der Mann und die Frau und der Freund. Dazu die Cousine, zu dem Behuf, die peniblen erotischen Kreuzstiche der Akte auf-, an- und auszudröseln. Lassen wir das! Das Stück lebte einmal (auch in Dresden, im Residenz-Staatstheater) kurz, aber sprühend von dem Temperament der Schauspielerin Maria Orska. Durch polnische Herkunft für diese Rolle vorbestimmt, lavierte sie den Zuschauer in glänzender Weise über die notorische Seichtheit dieses „Lust-Spiels".

Man wußte natürlich, daß Hermine Körner nicht an die Orska heranreichen würde. Sie verzichtete denn auch geschmackvoll darauf, die Orska zu kopieren, und versuchte auf ihre Art die Sonia Verilowna lebendig zu machen. Da aber jenes gewisse ... je ne sais quoi (ich weiß nicht was!) fehlte war und blieb die Polin „blond". Und das verträgt sie nun einmal nicht. Bronte statt Champagner. Diesmal fristet die „Cousine aus Warschau" ihr Leben durch Heinz Leopold Fischer. Dessen Kalauer und Blödeleien, dessen unüberbietbare, operettenmäßige Trottelhaftigkeit als Archibald Burel, die selbst vor Geschmacklosigkeiten nicht zurückschreckte, überraschten. Olga Fuchs etwas zu „mollert", diskret in ihrer Rolle Verhoeven, der nun einmal — zum Glück — kein „Liebhaber" ist, spielte den Hausfreund. Als Regisseur hatte er leider versäumt, von der reichlich vorhandenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, Verneuil zu parodieren. Sommertheater nichts jedno di—.

Lotte

so betitelt sich der neue im Ufa-Palast laufende Henny Porten-Film. Banal und abgeleiert ist das Motiv Ein leibhaftiger Baron verführt Lotte, die Tochter des alten Burgkastellans. — Sie bekommt ein Kind und — am Schluß natürlich — erhält das Kind den „ehrlichen Vater", Lotte aber den „Adeligen" als Ehegemahl. Trotz dieses kitschigen Motives gehört dieser Film unzweifelhaft zu den besten der Henny Porten Das einfach-schlichte, manchmal wieder durchtriebene Spiel wirkt dadurch, daß sie auf alle sonst üblichen Finessen verzichtet äußerst eindrucksvoll. Hervorragend sind die einzelnen Szenen, wie zum Beispiel Jahrmarkt, Modenschau schöner Frauen, Armenhaus u. ä Die gesamten Rollen sind — bis auf die Stiefmutter — gut besetzt. Unter der Regie von Carl Froelich ist hier ein Film geschaffen, der einmal — endlich! — über den Durchschnitt der deutschen Filme herausragt. Gut wurde das heitere Spiel von der Kapelle begleitet. rsp.

Das Großfeuer in Kaditz

Am Mittwochvormittag brach, wie wir bereits gestern meldeten, in der Teer- und Dachpappenfabrik der Dachpappen-Industrie vereinigter Dachdeckermeister GmbH. in Dresden-Trachau, Rankestraße 7, Feuer aus, das in den großen Vorräten an Dachpappen, Teer und sonstigen leicht brennbaren und feuergefährlichen Flüssigkeiten und Stoffen, wie Harz, Oel usw., reiche Nahrung fand und sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete, so daß zeitweilig auch die Gefahr des Uebergreifens der Flammen auf die Nachbargebäude sehr groß war. Sämtliche Löschzüge der Stadt Dresden waren, nachdem auf die erste Meldung „Mittelfeuer" eine zweite „Großfeuer" eingegangen war, an die Brandstelle geeilt. Lediglich die Ausstellungswache der Feuerwehr in der Jahresschau blieb für besondere Fälle zurück. Die Löscharbeiten wurden besonders erschwert dadurch, daß ein ungünstiger Wind das Feuer auf das gesamte Fabrikgebäude überspringen ließ, daß immer neue Explosionen der feuergefährlichen Flüssigkeiten mit hohen Flammengarben die Angriffe der Feuerwehr zurückwarfen und daß die Herbeischaffung der nötigen Wassermengen große Schwierigkeiten bereitete. Das Wasser mußte teilweise aus einer Entfernung von 800 bis 1000 Meter herbeigeführt werden. Die Brandursache ist offenbar auf das Ueberkochen eines Kessels mit feuergefährlichen Stoffen zurückzuführen. Bedauerlich ist es, daß die erste Brandmeldung dadurch verspätet einging, daß die erste Meldung an die Polizei und nicht an die Feuerwehr ging.

Die Baruther Feuerwehrleute vor Gericht

Bautzen. Im Prozeß gegen die Mitglieder der Baruther Freiwilligen Feuerwehr wegen der Massenbrandstiftungen in der Lausitz hatten sich weiter der Baruther Einwohner Klinke wegen Brandstiftung in mehreren Fällen zu verantworten. Er wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Verhandlung ergab, daß sogar der Bürgermeister von Baruth Kenntnis von den Brandstiftungen hatte, denn er meinte einmal in einer Versammlung der Freiwilligen Feuerwehr, wenn es irgendwo brenne, solle man erst die Menschen und das Vieh retten, die alten Buden könnten ruhig verbrennen. Auch war der Bürgermeister einmal von einem Brandstifter geohrfeigt worden, er hatte aber nicht den Mut, gegen den Mann vorzugehen, denn, so sagte er bei seiner Vernehmung, wenn er sich die Ohrfeigen nicht hätte gefallen lassen, dann würde sein Wohnhaus heute nicht mehr stehen.

Körners mißglückte „Rechtfertigungsaktion"

Wie wir bereits mitteilten, hatte Körner zu einer Versammlung der JAH-Mitglieder aufgerufen. Diese Aktion, die gegen die JAH und die Partei gerichtet war, ist kläglich ins intimsten Freunde versuchte Körner den Nachweis seiner Unschuld zu liefern. Die Versammlung, die auf 19,30 Uhr festgesetzt war, konnte wegen „zu starkem Besuch" erst gegen 20,30 Uhr beginnen. Genosse Seifert, der als einziger Vertreter des Landesausschusses zu dieser Versammlung gegangen war, gab die Erklärung ab, daß die JAH mit dieser Versammlung nichts zu tun habe, daß Körner bereits oftmals Gelegenheit gehabt hat, sich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe und Beschuldigungen zu rechtfertigen und daß das demnächst tagende Schiedsgericht gegen Körner abschließend zu diesem Fall Stellung nehmen wird Nach dieser Erklärung, die von einem Teil der Anwesenden beifällig aufgenommen wurde, verließ Genosse Seifert die Sitzung und ließ Körner mit seinen Getreuen unter sich.

Autounfall

Hainichen. Am Sonntag früh fuhr ein mit 22 Personen besetztes Lastauto aus Mochau bei Döbeln auf der Frankenberger Straße in den Straßengraben. Glücklicherweise wurde nur ein Mitfahrer am Kopfe verletzt. Die übrigen kamen mit dem Schrecken davon. Der Wagen wurde schwer beschädigt.

Gegen eine Eisenstange gefahren

Brand-Erbisdorf. An der gefährlichen Kurve beim Diakonatsgebäude in Erbisdorf fuhr am Dienstag abend ein Motorradfahrer gegen eine Eisenstange, die als Sperrstange einer Straßenbaustelle diente. Der Fahrer wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Sonnenwendfeier der Freidenker. Zu einer imposanten Kundgebung kam es am vergangenen Sonnabend anläßlich der Sonnenwendfeier des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Leubnitz, auf dem „Goldenen Stiefel" im Bezirk Leubnitz. Durch gute Vorarbeit und Unterstützung der Arbeiterparteien und der Sportvereine war es möglich gewesen, 600 Mann auf die Beine zu bringen, ein sehr erfreuliches Zeichen für unsern Ortsteil. Unter dem Feuerschein von Hunderten von Fackeln und unter den Klängen eines Spielmannszuges, voran eine blutrote Fahne, ging es durch Leubnitz und über dessen Höhenzug. Mitgeführte Plakate riefen die Bewohner in letzter Stunde zur Elternratswahl auf und zwei wuchtig wirkende Transparente mit der Aufschrift „Heraus aus der Kirche" und „Werde Freidenker" waren die Mahnrufe an die Arbeiterschaft. Auf dem Kamm des Stiefels bei der lodernden Flamme des Höhenfeuers wickelte sich dann das eigentliche Programm in rascher Folge ab. Sänger, Mandolinenspieler usw. gaben ihr Bestes. Im Mittelpunkt der Feier stand die markante Feuerrede des Genossen Donath, der die Zuhörer mit hinreißenden Worten in seinen Bann zog. Alles in allem, es war eine Kundgebung, mit der die Arbeiterschaft einen wuchtigen Eindruck auf die Gleichgültigen und Trägen gemacht hat. Sie berechtigt zu der festen Zuversicht, daß auch bei uns die Arbeiterschaft mit verstärkter Energie den Kampf aufnimmt gegen die finsteren Mächte [illegible] den kommenden

Kommunisten für die Notstandsarbeiter

Im Haushaltausschuß B des Sächs. Landtages standen außer der Ruhelohnordnung für die Arbeiter der Porzellanmanufaktur die Talsperren Lehnmühle, Kriebstein, Koberbach und Weiterswiese zur Beratung. Dieser Beratung ging voraus eine Besichtigung dieser obengenannten Talsperren durch die Mitglieder des Ausschusses. Der Ausschuß konnte sich an Ort und Stelle überzeugen über die katastrophalen Zustände auf den Notstandsbauten in bezug auf die Entlohnung, Unterbringung und Behandlung der Notstandsarbeiter. Die kommunistische Fraktion stellte zu diesen Fragen folgende Anträge:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dahingehend zu wirken,

1. daß den Notstandsarbeitern neben ihren Lohnbezügen eine Auslösung gezahlt wird, wie sie den Bestimmungen des Tarifvertrages für das Baugewerbe entspricht;
2. daß den Notstandsarbeitern wöchentlich 5 RM Kleidungsgeld sowie nach den Bestimmungen des Tarifvertrages Wegegelder ausgezahlt werden;
3. daß den Notstandsarbeitern für jeden Regentag eine Entschädigung in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird;
4. daß eine Bezahlung für das Wohnen in den Baracken in Wegfall kommt;
5. daß Abgeordnete des Landtages jederzeit die Baustellen besuchen und auf Wunsch der Belegschaften in den Versammlungen der Notstandsarbeiter sprechen können.

Zur Begründung führte Genosse Opitz aus, daß die Besichtigung der Talsperren erwiesen hat, daß die Kritik der Kommunistischen Partei an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Notstandsarbeiter auf den Talsperren voll und ganz berechtigt gewesen ist. Wir stellen fest, daß trotz des Landtagsbeschlusses vom 26. Januar d. J. den Notstandsarbeitern die Auslösung zu zahlen, die ihnen zusteht auf Grund des Tarifvertrages, nicht eingehalten worden ist. Die Regierung erklärt zwar, daß die Notstandsarbeiter tariflich entlohnt werden; aber die Praxis zeigt das Gegenteil. Auf keinem Notstandsbau Sachsens werden die obengenannten Zuschläge gezahlt. Die Notstandsarbeiter fordern aber stürmisch, das zeigt auch ein Schreiben von der Talsperre Lehnmühle, die Auszahlung der ihnen zustehenden Zuschläge. Ebenfalls verlangen wir die Auszahlung einer Kleidungszulage in der Höhe von wöchentlich 5 RM, weil die Notstandsarbeiter außerstande sind, von ihren Löhnen Kleidung und Schuhwerk zu bezahlen. Es ist keine Seltenheit, daß Notstandsarbeiter mit 16 bis 17 RM wöchentlich nach Hause gehen müssen und daß man mit einem solchen Lohn nicht imstande ist, größere Ausgaben für Schuhwerk und Kleidung zu machen, versteht sich am Rande. Die Forderung der Wegegelder ergibt sich gleichzeitig aus den Bestimmungen des Tarifvertrages sowie auch die Bezahlung der Regentage. Wir stellen fest, daß in wiederholten Fällen die Notstandsarbeiter klagen, daß sie in Lohnwochen zwei Regentage zu verzeichnen haben; dafür aber keinerlei Entschädigung für den Lohnausfall erhalten. Es ist ebenfalls ein großer Mangel, den wir feststellten bei der Besichtigung in Weiterswiese, daß den Notstandsarbeitern das Fahrgeld, das sie alle vier Wochen bekommen müssen, vorenthalten wird. Es bedurfte erst eines Besuches der Ausschußmitglieder, um in Weiterswiese den Arbeitern nach dieser Seite hin zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Zustände in den Baracken haben wir schon im vorigen Jahre im Landtage einer scharfen Kritik unterzogen. Auf einzelnen Baustellen sind kleine Abänderungen nach dieser Seite hin unternommen worden; aber in Weiterswiese schlafen heute noch eine Reihe Notstandsarbeiter in diesen schlechten Baracken und müssen dafür auch noch 1,50 RM wöchentlich Schlafgeld bezahlen. Wir sind der Meinung, daß diese Bezahlung auf allen Notstandsbauten in Wegfall kommen muß. Wir finden uns mit dieser Forderung in Uebereinstimmung mit den auf den Baustellen in den Baracken wohnenden Notstandsarbeitern. Außerdem kritisierte Genosse Opitz scharf die Akkordschinderei auf den Notstandsbauten, die im wesentlichen dazu beiträgt, die Unglücksfälle auf den Bauten zu erhöhen. Der Todesfall an der Koberbachtalsperre, die starke Verletzung einiger Arbeiter auf derselben Talsperre beruhen nur auf der Akkordschinderei; ebenfalls verlangen wir entweder die Abstellung der Wechselschichten oder eine ausreichende Bezahlung der Arbeiter, die in Wechselschicht beschäftigt werden. Es kann keinem Notstandsarbeiter zugemutet werden, daß er nachts 12 Uhr bereits schon seinen Marsch nach der Baustelle antreten soll, ohne daß er dafür auch in der genügenden Weise bezahlt wird. Wir haben ein Beispiel an der Koberbachtalsperre, wo die Arbeiter sich weigerten, die Wechselschichten durchzuführen, aber trotzdem die Bauführung überging, die Wechselschichten einzuführen. Die Folge davon war, daß sich am ersten Tage schon ein Unglück ereignete und ein Arbeiter tot, ein anderer schwerverletzt von der Baustelle geschafft werden mußte. In welch leichtsinniger Weise mit Arbeiterleben gespielt wird, zeigte auch die Tatsache, daß in Weiterswiese Arbeiter in einem tiefen Schacht beschäftigt wurden, ohne daß genügende Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von Unglücksfällen getroffen waren.

Die Mitglieder des Ausschusses bemängelten an Ort und Stelle diese Fahrlässigkeit der dortigen Bauführung und erst dann wurden die Arbeiter aus dem Schacht herausgeholt. So, wie es in Weiterswiese in Erscheinung trat, so ist es auch auf den übrigen Talsperrenbauten. Erst wenn Unglücksfälle zu verzeichnen sind, dann bemüht man sich, etwas zur Verhütung zu unternehmen.

Die Besichtigung der Talsperren durch die Mitglieder des Ausschusses hat gezeigt, wie notwendig es ist, daß sich die verantwortlichen Personen um die Zustände auf den Notstandsbauten kümmern müssen. Deshalb verlangen wir auch, daß den Abgeordneten jederzeit das Recht zusteht, die Baustellen zu besuchen und auch mit den Notstandsarbeitern zu sprechen; um so mehr, weil die Bauführung — besonders der Talsperre Kriebstein — mit allen Mitteln verhindert, daß ein Landtagsabgeordneter zu den Belegschaften sprechen kann. Genossen Opitz wurde verweigert, zu den Notstandsarbeitern zu sprechen, trotzdem, daß er der Bauführung in Kriebstein erklärte, er komme im Auftrage seiner Fraktion und will die Notstandsarbeiter unterrichten über den Gang der Verhandlungen, die gepflogen wurden im Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm gegen unsere Anträge Stellung und brachte einige nichtssagende Anträge ein, die Bezug nahmen auf die Vorschüsse, die die Notstandsarbeiter nach dem Erwerbslosenversicherungsgesetz entnehmen können von den Arbeitsämtern zur Anschaffung von Kleidungsstücken. Trotzdem, daß die Sozialdemokraten genau wissen, daß in der Praxis die Arbeitsämter keine Vorschüsse zahlen, wenn sie solche schon zahlen, dann werden sie den Notstandsarbeitern wieder vom Lohn abgezogen und die Notstandsarbeiter sind auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage nicht imstande, diese Gelder zurückzuzahlen. Die Arbeitsämter gehen dann sogar zu Pfändungen der Notstandsarbeiter über. Dafür gibt es eine ganze Reihe Beweise. Die Sozialdemokratische Partei stimmte aber trotzdem den kommunistischen Anträgen zu, sie stimmte nur gegen die Forderung, den Notstandsarbeitern wöchentlich 5 RM Kleidungsgeld auszuzahlen. Alle von der kommunistischen Fraktion gestellten Anträge wurden von den Bürgerlichen — einschließlich ASP — abgelehnt. Es ist deshalb notwendig, daß die Notstandsarbeiter auf den Notstandsbauten zu den Forderungen der kommunistischen Fraktion sofort Stellung nehmen, in Belegschaftsversammlungen Beschlüsse herbeiführen, durch welche die Forderung der kommunistischen Fraktion unterstützt werden.

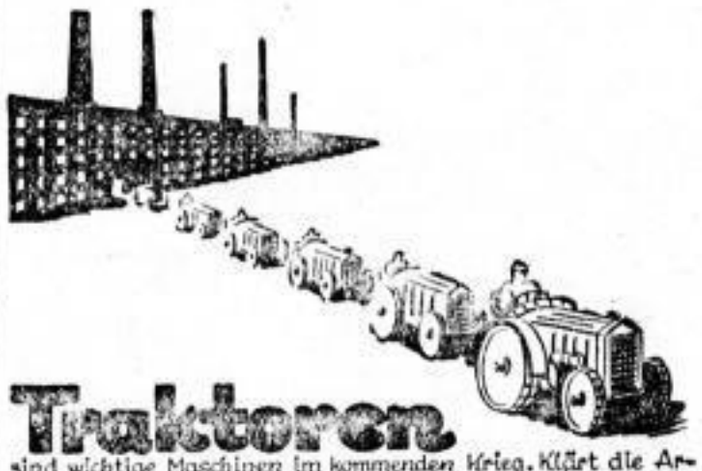
Der „wahrheitsliebende" Volkszeitungsberichterstatter

Freiberg. Der Zeilenschinder der Freiberger Volkszeitung erlaubt sich in seinem Stadtverordnetenbericht vom Freitag dem 22. Juni unsere Stadtverordneten, wie auch unsern Berichterstatter, anzupflaumen. Es wäre wirklich diesem politischen Siebenmonatskind zuviel Ehre angetan, wollten wir auf seine geistlosen Witze eingehen. Nur eine grobe Entstellung glauben wir doch richtigstellen zu müssen. Der Zeilenschinder behauptet: „daß die Berichterstattung — durch Störungen durch einen „kommunistischen Suffkopp, der skandaliert hätte (und der noch durch den kommunistischen Berichterstatter gestützt worden wäre) behindert worden sei." Die Behauptung ist völlig unwahr. Wahr ist vielmehr, daß ein bis vor kurzem (seit 13 Jahren) der SPD und jetzt keiner Partei angehörender Arbeiter M. sich ob der mit ihren Handlungen im Widerspruch stehenden Reden der Rechten erregte **und daß darauf sich der Volkszeitungszeilenschinder anmaßte, dem Arbeiter mit „Herunterschmeißenlassen" zu bedrohen.** Wahr ist dann weiter, daß der Herr von der Volkszeitung und die Dame vom Freiberger Anzeiger den Deutschnationalen Beyer ersuchten, doch den Vorsteher zu ersuchen, den Betreffenden von der Tribüne zu verweisen. Wahr ist weiter, daß hierbei (als sich der Berichterstatter der Arbeiterstimme die Störungen durch die sich als Herr bzw. Dame fühlenden Berichterstatter verbat), sich die Anzeigerdame anmaßte, auch unsern Berichterstatter mit „Herunterbringenlassen" bedrohte. Wenn man natürlich im Reich eine Koalition erstrebt, kann man unmöglich aus einem Stadtparlament objektiv berichten. Im übrigen übergehen wir die „Geistesblitze" der Volkszeitung".

Die Schule als Tummelplatz der Schützengilde

Schmiedeberg. Die Schmiedeberger Schützengilde veranstaltet jedes Jahr ein sogenanntes Volksfest, das bestimmt sehr kläglich ausfallen müßte, wenn es nicht von einigen unterstützt würde, die nicht alle werden. — Um nun dieses Jahr ganz besonders dem Feste der Schwarz-Weiß-Roten nach außen hin den Charakter eines Volksfestes zu geben, fühlt sich in hervorragender Weise (auch wenn es sich darum handelt, der Kirche einen Gefallen zu tun, wie bei den Weihnachtsaufführungen) Herr Lehrer Sippel als strammer Demokrat veranlaßt, Bütteldienste für die Schützengilde zu übernehmen. Es ist höchst charakteristisch, wenn ein Lehrer sich dazu hergibt, mit Kaffee und Kuchen die Kinder als Staffage für jene Leute zu mißbrauchen, die nur reaktionäre Bestrebungen verfolgen. Es muß doch sehr schlimm bei den „Schützen" aussehen, wenn man dieses Jahr den Umzug mit Puppenwagen und unseren Kleinsten machen will. Die Fridericus-Rex-Uniformen wirken wohl zu lächerlich?

Es wird Aufgabe der Elternräte und des Schulausschusses sein, diese Herren ganz energisch darauf hinzuweisen, daß die Schule in Schmiedeberg kein Tummelplatz für die Reaktion ist. Die Elternschaft ist hierdurch gewarnt, daß sie am 1. Juli ihre Kinder nicht mißbrauchen läßt.



An alle!

Di—. Die Sprache ist ein Quell reicher Erkenntnisse für den, der sich mit ihr befaßt. Freilich ist hierfür nicht allein Wunsch und Neigung, sondern, wie bei allem im kapitalistischen Staat, der Geldbeutel das Entscheidende. Sprachwissenschaft zu treiben, könnte eine lebendige Kunst sein. In der Hand kapitalistisch gebundener „Wissenschafter" ist Germanistik eine „ehrwürdige Versteinerung" geworden. Und nicht einmal immer — ehrwürdig, denn was gewinnt das tätige, gegenwärtige Leben dabei? Nichts, oder so viel als nichts. Das ist wohl auch der Grund, weshalb sogar innerhalb eines Landes mit gleicher Sprache eine Sprachverwirrung, ja -verwilderung ohnegleichen herrscht. Ganz abgesehen von den bodenständig bedingten Dialekten, die in einem kleinen Land wie Sachsen z. B. allein in die Dutzende gehen, ist es noch nicht einmal gelungen, eine einheitliche hochdeutsche Bühnenaussprache zu schaffen. Doch sind diese Erörterungen an sich müßig, weil der Proletarier durch seine überall gleichen Erlebnisse sich mit den Klassengenossen jeder Zunge eng verbunden fühlt. Des zum Ausdruck er sich auch der Weltsprache **Esperanto** in weitestem Umfang bedienen sollte. Außer den Dialekten gibt es noch eine andere Sprache. Es ist die Sprache der Klassen, der Stände, der Berufe. Wir brachten vor nicht allzulanger Zeit eine Plauderei über die Poesie des Arbeiters, in der wir ausführten, wie in Lied und Spruch der Proletarier sein Schicksal sprachlich gestaltet. Wir dürfen nicht glauben, daß alle diese Dinge unwesentlich sind und uns fern liegen. Das ist durchaus nicht der Fall. Jeder klassenbewußte Prolet darf den Wert sprachlicher Ausdrucksmöglichkeit nicht unterschätzen. Sie gehört zum Rüstzeug eines jeden Funktionärs. Die Sprache ist der Funke, der dem Flammenmeer sozialer Revolution vorausläuft. Und es ist oft unendlich schwer, den einfachsten Gedanken einfach und klar in Worte zu fassen. Die Bourgeoisie freilich beherrscht die Kunst des Wortes in vollem Maße. Als eine ihrer gefährlichsten, weil heuchlerisch verkappten Waffen, die sie natürlich gegen das Proletariat führt. Besonders die Frauen sollen durch wohlgeschliffene Reden eingefangen werden. Selbst die übelste Sache wird durch Worte schmackhaft gemacht. Ja, diese Jongliertunst mit dem Talmiflitter der Rede geht so weit, daß sich des Dichters Spruch bewahrheitet: „Denn eben wo Gedanken fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein!" Im Wort modern bis dahinaus, um die reaktionärste Tat, die rückständigste Angelegenheit zu umnebeln. Modern! — das ist die Lockspeise für alle, die um jeden Preis modern sein wollen, und wer wollte nicht modern sein? Da bedenke der Proletarier aber, daß modern und modern zwei Dinge bedeuten. Im Wort sowohl als in der Tat. Die Modernität der Bourgeoisie ist es nicht, was der Proletarier, die Proletarierfrau braucht. Die Modernität der Bourgeoisie ist ein unsichtbares, gefährliches Gift, das proletarischer Kultur und proletarischem Kulturwillen totfeindlich ist. Totfeindlich! — und dies drücke sich symbolisch aus. Modern heißt auch (ohne jede Veränderung als nur die der Betonung) modern. Es liegt so nahe und wird doch so wenig bewußt beachtet. Es ist ein Symbol für die Zersetzungserscheinungen bürgerlicher Gesellschaft, wie sie sich am deutlichsten in zerhacktem Leutnantsjargon, im pervers überspitzten Sprachausdruck überfeinerter Literaten a la Hoffmannsthal ausdrückt. Nicht die Nachahmung bourgeoisen Sprachgebrauches, aber seine Kenntnis tut not. Der Arbeiterkorrespondent redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, damit ihn die breiten Massen verstehen; er redet so, weil er des Doppelbegriffes des Wortes **modern bewußt** ist. Aber er wird stets bedenken, daß er zu seinem Teil die Pflicht hat, was die bürgerliche Gesellschaft seinen Klassengenossen versagte, ihnen mitzuteilen: marxistische, revolutionäre Gedanken in möglich gutem Deutsch, möglichst übersichtlich auf gutem Papier ... **und nicht zu vergessen: mit Feder und Tinte.** Dann dient in bester Weise des Arbeiters Stimme der Arbeiterstimme.

Verschleuderung von Gemeindegeldern unter sozialdemokratischer Duldung

Aus dem Stadtparlament

Großröhrsdorf. Obwohl auf der Tagesordnung nur zwei Punkte stehen, ist die Tribüne bereits vor Beginn der Sitzung vollbesetzt und die ganze Sitzung gestaltete sich von Anfang bis Ende zu einer recht lebhaften.

Mit dem 1. Punkt der Tagesordnung, Haushaltplan betr., hatten sich die Stadtverordneten bereits das zweitemal zu beschäftigen. Das erstemal wurde der Haushaltplan wegen des hohen Fehlbetrages von ca. 250 000 RM nochmals an den Rat zwecks Vornahme von Abstrichen zurückgegeben. Der neue Haushaltplan schließt mit einem Fehlbetrage von ca. 110 000 RM. Die zur Deckung des Fehlbetrages u. a. vom Rat empfohlene Erhöhung der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer von 100 auf 150 Prozent stieß deswegen bei der bürgerlichen Seite auf heftigen Widerstand, weil, wie Stadtverordneter Fabrikbesitzer Schöne erklärte, die Wirtschaft eine weitere Belastung nicht vertrage. Natürlich meinte er hiermit nur seine, nämlich die besitzende Klasse, während unser Genosse Hermann Schöne erklärte, er könne vom Standpunkt der Arbeiter der Erhöhung deswegen nicht zustimmen, weil der Hausbesitz sowohl wie das Gewerbe diese Steuer wieder auf den Konsumenten, die Arbeiter, werfe. Obwohl die SPD durch Martin Boden versuchte, die Erhöhung der Steuerzuschläge durchzubringen, kippte sie aber vor der Abstimmung insofern um, als man erklärte, die SPD werde sich der Stimme enthalten, falls die bürgerliche Seite für Erhöhung stimmt. Bei der Abstimmung wird die Erhöhung abgelehnt. Der Haushaltplan sowohl wie der außerordentliche Haushaltplan werden hierauf genehmigt.

Den umstrittensten Punkt und für die Tribünenbesucher den interessantesten bildete die Abrechnung über die von der Stadtgemeinde Großröhrsdorf im Jahre 1927 ausgeführte Wasserleitung, die man leichtfertigerweise der inzwischen „pleiten" Firma Gärtner u. Gnauck, Dresden und Großröhrsdorf, übertragen hatte. Bei der Abrechnung glaubte man, verschiedenen Unregelmäßigkeiten, die sich die städtische Bauleitung habe zuschulden kommen lassen, auf die Spur zu kommen, weswegen man noch 900 RM nach dem Rechten schleuderte und einen Sachverständigen aus Dresden holte, der aber auch kein Licht in das geheimnisvolle Dunkel brachte. Der zur Sache eingesetzte Prüfungsausschuß sollte alles „prüfen", kam aber nach langen Beratungen und stundenlangen Sitzungen schließlich nur dahin, daß man wohl Unregelmäßigkeiten vermuten, aber keine finden könne, man müsse schließlich um die Sache aus der Welt zu schaffen, den Stadtverordneten „Begleichung" der Rechnungsendsumme von ca. 163 000 RM empfehlen. Den Stadtverordneten die „Begleichung" zu empfehlen, klingt deswegen so wunderbar praktisch aber naiv und kindisch-lächerlich, wenn man hören konnte, daß nicht nur schon die Endsumme, sondern ein größerer Betrag über die Endsumme hinaus vor Beendigung der Arbeiten an die ausführende Firma überzahlt wurde. Der bürgerliche Bürgermeister mußte sogar zugeben, daß sich die überzahlte Summe insofern noch beträchtlich erhöhen werde, als verschiedene Mängel zu beseitigen nach dem Werkvertrag mit der ausführenden Firma Sache dieser sei, der Betrag aber der Stadtgemeinde zur Last falle, da eben von dieser Firma Gärtner u. Gnauck, die mit einem Riesenpassus ohne Aktiva inzwischen „pleite" geworden ist, nichts mehr zurückzuerlangen ist.

Schon hieraus erübrigt sich ein Kommentar über die gehandhabte Leichtfertigkeit in Bezug auf Auszahlung von Vorschüssen durch die Stadtverwaltung und die städtische Bauleitung.

Schließlich stellte sich weiter heraus, daß die für die Endabrechnung notwendigen Original-Rapportzettel fehlten und man dieserhalb gar keinen Anhaltspunkt fand zu prüfen, inwieweit und ob überhaupt die Abrechnung stimme. Dem Stadtbaumeister Haucke wusch man natürlich gehörig den Kopf und er wußte sich nur durch nichtssagende Ausreden zu verteidigen. Er meinte, infolge besonderer Einteilung der einzelnen Straßen in die Abrechnung seien die Rapportzettel der Firma Gärtner u. Gnauck, die geschlossen erteilt worden seien, vernichtet und durch neue ersetzt worden. (Eine sehr nette Urkundenvernichtung durch einen hohen Gemeindebeamten.) Wenn man ihm auch dieserhalb zureden wollte er möge gegen sich ein Disziplinarverfahren einleiten, erklärte er, er habe sich keine Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, was er getan habe könne er verantworten und auf seinen Diensteid nehmen. Man sprach ihm aber trotzdem von links und rechts das größte Mißtrauen aus und alle Diskussionsredner gaben ihm klar und unzweideutig zu erkennen, daß er als verantwortlicher Leiter des städtischen Bauamtes mit einer Nachlässigkeit und Saumseligkeit bei der Wasserleitung und der Abrechnung gehandelt habe, die ihresgleichen suchen müsse.

Schließlich wird die Endabrechnung mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Das schönste Theaterstückchen erlaubte sich hierbei der SPD-Mann Martin Boden, der nämlich erklärte, er habe als Mitglied des Prüfungsausschusses dort nur schweren Herzens der Abrechnung zugestimmt um **„die Sache einmal aus der Welt zu schaffen." Während er also im Prüfungsausschuß die Abrechnung für gut befunden hatte, stimmte er jetzt gegen die Abrechnung, wahrscheinlich nur deswegen, um nicht als einziger SPD-Mann dagegenzustimmen.**

Trotzdem durch die vorher stattgefundene Diskussion und den vorstehenden ablehnenden Beschluß der Oeffentlichkeit bewiesen worden war, daß die Stadtverordneten der Stadtbauleitung kein Vertrauen mehr zusprechen, wurde ein Beschluß des Genossen Schöne, zu beschließen daß der Ortsbaumeister Haucke das Vertrauen der Stadtverordneten nicht mehr besitze, über den Haufen geworfen, weil er nicht die genügende Unterstützung fand. Sogar die geschlossene SPD mit ASPD wollte von dem Antrag nichts wissen, vielleicht aber nur deswegen, weil sie es waren, die den Ortsbaumeister Haucke nach dem Kriege, als er noch das Parteibuch in der Hand hatte, herholten.

Jedenfalls sind im Bauwesen der Stadtgemeinde Großröhrsdorf der Böcke genug geschossen worden, seit Herr Ortsbaumeister Haucke regieren darf. Die letzte Blöße als „Baufachmann" hatte er sich bei der Verbreiterung der Röderbrücke am Mittelgasthof, die jetzt beendet worden ist, gegeben. Dort sollte eine scharfe Kurve der Hauptstraße beseitigt werden, aber statt diese zu beseitigen, hat man wohl die Straße, was gar nicht nötig war, um etwas verbreitert, die Kurve aber, statt sie abzuschwächen, verschärft. Auch über diesen Punkt mußte der Ortsbaumeister Haucke vieles, aber nur die Wahrheit über sich ergehen lassen.

Dieser neueste Fehler, der nur einer von den vielen vorhergegangenen ist, sollte mindestens das gesamte Stadtverordnetenkollegium den Mut aufbringen lassen, den Ortsbaumeister das Vertrauen zu versagen. Vielleicht hätte er dann von selbst die logischen Konsequenzen für sich gezogen.

Das brachte auch unser Genosse Schöne zum Ausdruck, insbesondere erklärte er, man werde vielleicht nicht so schnell wieder eine so passende Gelegenheit finden, um dem Ortsbaumeister das Vertrauen zu entziehen. Von den Bürgerlichen könne man schließlich nichts anderes verlangen, als gegen den Antrag zu stimmen, von der SPD mußte man aber mindestens erwarten, den Antrag zu unterstützen. Jedenfalls habe man durch die Ablehnung des Antrages künftig keine Ursache mehr, etwaige Einwendungen gegen die Stadtbauleitung zu erheben, wenn man feigerweise einen derartigen Beschluß sabotiere.

In einem Schlußwort versuchte noch der Stadtrat Zschirner (SPD) die gegenwärtigen Gepflogenheiten bei Vergebungen durch die Stadtgemeinde zu geißeln, was natürlich in Anbetracht der Sache nichts nützte und nur leere Worte waren nachdem die Stadtgemeinde bei der Wasserleitung eine schöne „Pleite" erlebt hatte.

Hierauf wurde die erregte Sitzung gegen 23 Uhr vom Stadtverordnetenvorsteher geschlossen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiter-Sport

An die Vereinsjugendleiter!

Nur noch wenige Wochen trennen uns von unserem Feste! Alle Kräfte sind auf eine starke Beteiligung zu konzentrieren.

Sonntag den 22. Juli von 8 bis 10 Uhr und von 14 bis 15 Uhr: Hindernislauf: 6 Genossen und 2 Genossinnen (Stab mitbringen). Kleidung einheitlich, im Notfalle Schwimmer von Dresdner Vereinen anfordern. Es können auch mehr Genossinnen sein. Letzter Meldetermin unwiderruflich 30. Juni (O. Ney, Volkshaus). Die Ausschüsse können sonst nicht arbeiten.

20,30 Uhr: Fackelzug. Stellen unbedingt pünktlich, da die Zeit etwas spät angesetzt ist. Jeder Obmann besorgt die Fackeln seiner Leute und entnimmt sie ohne Entgelt an den betreffenden Ausgabestellen. Alt und jung soll mitmachen!

Bezirksdarbietungen: Sonnabend den 21. Juli 9—11, 17—18 und 18—19 Uhr. Am 22. Juli 8—10, 13,30 bis 14,30 und 14,30—15,30 Uhr. Die Zeiten von 17—18 und 14,30 bis 15,30 ist für den 2. Bezirk geplant.)

Freitag den 20. Juli 20 Uhr: Treffen am Festausschußzelt, zur Sitzung aller Bezirks- und Vereinsjugendobleute des 2. Bezirkes. Alle Anweisungen über Jugendspiele, Stafetten, Fackelzug usw. werden dort gegeben! Jeder Verein muß mindestens einen Vertreter senden, um über etwaige Aenderungen unterrichtet zu sein, und nun

Massen heraus!

Auf ein gutes Gelingen! Frei Heil!

Bezirksjugendausschuß.

Handballsport

Die Dresdner Städteraffballmannschaft spielte am 23. und 24. Juni gegen den 4. Bezirk und erzielte folgende Resultate: in Neugersdorf gewann sie 12:8, in Löbau 7:3 und in Demitz-Thumitz 11:5.

Werbespiel: Cotta 1—Striesen 1 0:8.

Donnerstag den 28. Juni: Schiedsrichterversammlung in der Geschäftsstelle um 19,30 Uhr.

Sonnabend den 30. Juni

Raffball. **Niederhäslich 1—Friedrichstadt 1.** Nach langer Zeit liefern sich beide wieder ein Derby. H. hat an Spielstärke eingebüßt, so daß man F. als Sieger erwartet (18).

Tharandt 1—Weißig 1. W., welche wieder neu angefangen haben, werden hier die Segel streichen müssen (19).

Niederhäslich 2—Löbtau 2 (18,30).

Tharandt 2—Birkigt 2 (18).

Jugend. Coßmannsdorf 2—Rabenau 1 (19); Birkigt 1—Potschappel 1 (18 Uhr).

Sonntag den 1. Juli

Birkigt 1—Leipzig-Schönefeld 1. Die Gäste sind uns unbekannt, so daß man nicht viel sagen kann; doch ist mit einem interessanten Kampf zu rechnen (8 Uhr).

Döhlen 1—Uebigau 1. Uebigau muß sich von der besten Seite zeigen, wenn sie nicht zu hoch verlieren wollen (7).

Somsdorf 1—Possendorf 1 (14). (Spielverbot).

Untere Mannschaften. Niederhäslich 2—Oberhermsdorf 1 (9).

Jugend. Niederhäslich 1—Oberhermsdorf 1 (10).

Schüler. Potschappel 1—Weißig 1 (10).

Zur Hallenweihe in Deuben finden folgende Spiele statt:

Sonnabend den 30. Juni

Raffball. **Deuben 1—Leipzig-Schönefeld 1.** D., die lange pausiert haben, werden sich tüchtig anstrengen müssen, um gut abzuschneiden (16,30).

Handball. **Deuben 1—Kötzschenbroda 1.** D., in ihrer jetzigen Form, wird den Sieg für sich beanspruchen, doch K. wird zähen Widerstand leisten (15,30 Uhr).

Sonntag den 1. Juli

Zur Weihe:

Handball. Deuben 1 Sportl.—Riesa 1 Sportl. Beide werden versuchen, den Zuschauern ein interessantes Spiel zu zeigen (10).

Deuben 1—Riesa 1. Als Abschluß des Festes werden beide versuchen, den Zuschauern einen flotten Kampf zu zeigen. Als Sieger erwartet man D. (18).

Handballspieler. Am 1. Juli ab 12 Uhr: Spielverbot für den 9. Bezirk.

Berichterstatter. Donnerstag den 28. Juni um 20 Uhr bei Gebauer: Versammlung.

Schiedsrichter. Donnerstag den 28. Juni um 20 Uhr bei Gebauer: Versammlung.

*

Achtung, Sprechchorteilnehmer! Sonnabend den 30. Juni um 19 Uhr: Albertplatz. Erscheint pünktlich! Abmarsch nach dem Lingnerpark. Alle Texte sind bis dahin auswendigzulernen, da keine Möglichkeit des Ablesens besteht. — An dem Demonstrationszuge vom Albertplatz bis zum Lingnerpark soll auch die übrige Jugend mit teilnehmen, denn Kreisfestpropaganda tut not. Jeder Dresdner sollte sich zur Pflicht machen, einmal vor dem Feste das Festgelände vom Lingnerpark aus zu übersehen. Freude muß jeden erfüllen, der dort im Geiste unser Fest überschaut.

Halleneinweihung. Zur Einweihung seiner Halle veranstaltet der Verein Deuben am Sonnabend einen allgemeinen Sporttag auf dem Platze an der Oelfabrik. Sämtliche Spielarten treten auf den Plan. Die Spiele beginnen um 15 Uhr mit einem Raffballspiel der Jugend und schließen ab mit dem Fußballspiel Deuben 1—Pohanken 1 (Tschechoslowakei). In der Zwischenzeit werden auch die Handballer ein Spiel austragen. Die 1. Raffballmannschaft spielt gegen Leipzig-Schönefeld. Nach Schluß der Spiele findet in der Halle ein Begrüßungsabend statt. Beginn pünktlich um 20 Uhr. Hier wirken außer den Turnern und Turnerinnen auch noch der Volkschor sowie der Kraftsportverein Simson und das Hellbutt-Trio mit. Das Programm ist außerordentlich lehrreich zusammengestellt, so daß ein Besuch nur zu empfehlen ist. — Der Haupttag am Sonntag beginnt früh mit dem Staffellauf durch Freital. Um 13 Uhr Stellen zum Festzug auf dem alten Turnplatz am Bergkeller, anschließend alsdann der Festzug, der folgende Straßen passiert: Turnplatz Bergkeller, Krämerstraße, Webrstraße, Dresdner Straße, Poisentalstraße, Brückenstraße, Egerviertel nach dem neuen Turnplatz. Hier beginnen alsdann die turnerischen und leichtathletischen Vorführungen bis um 20 Uhr. — Der Verein bittet die Einwohnerschaft nochmals um Schmückung der Häuser. Reisig kann im alten Feuerwehrhof entnommen werden. Die Arbeiterschaft wird die Bedeutung dieses Baues wohl zu würdigen wissen und ihre Sympathie durch Massenbesuch zum Ausdruck bringen.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Freital-Deuben. **Fußballabteilung.** Versammlung am nächsten Freitag fällt aus. Sämtliche Fußballer und Handballspielerinnen fordern wir auf, am Festzug (zur Hallenweihe) sich zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt am Sonntag um 11,30 Uhr in der Deutschen Eiche. Passive Mitglieder erhalten Sportkleidung dort ausgehändigt.

Freier Turn- und Sportverein Kötzschenbroda, Abt. Fußball. Freitag den 29. Juni um 20,30 Uhr im Goldenen Anker: Versammlung.

Fußballabteilung Dresden-Neustadt. Donnerstag den 28. Juni 19 Uhr im Sportpark Alaunplatz üben alle Fußballer die Kreisfestfreiübungen. Jede Mannschaft muß vollzählig zur Stelle sein.

Faltbootverein Freie Wasserwanderer. Am 15. Juni wurde in Pirna ein Faltbootverein Freie Wasserwanderer gegründet, der sich dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund anschließt. Es ergeht die Aufforderung an alle Freunde des Arbeiterwassersportes und Bootsbesitzer sich dem jungen Verein anzuschließen. Auskunft erteilt jederzeit Genosse Alfred Albrecht, Pirna, Zehistaer Straße 25. Arbeiter, die ihr euch im bürgerlichen Lager befindet, heraus und hinein in eure Organisation.

Wassersportverein Pieschen. Freitag den 29. Juni Versammlung. Bezahlt euren Kreisfestbeitrag beim Genossen A. Richter. Noch sind es viele, die offen in der Liste stehen.

Volksgesundheit Dresden-West. Schmückt am Sonnabend und Sonntag eure Kabinen und Schrebergärten. Rechnet am Feste die Schriften ab. Stellt euch dem Festausschuß zu Diensten zur Verfügung. Fördert die Einwohner zur Schmückung auf; zum Reisig-Rankenbinden sollen Frauen am Freitag im Luftbad erscheinen.

Naturfreunde Dresden. 1. Juli Sanggebiet der Kienheide. Abf. 6,40 Hbf. nach Radeburg (GR.). F.: Lehnhardt. Nachmittagswanderung durch die Heide. 13,30 Marienallee (Lazarett), Linie 9. F.: Clausnitzer. 1. Juli Radtour m. B. Dörfchen (Uebernachtung), Schmiedeberg, Sadisdorfer Binge, Glashütte. Abf. 15,30 Wienermühle. F.: Fälchte. — Natur- und Volkskunde: 2. Juli: Unsere Wiesenflora in den Sommermonaten. Gen. Wießl. — Alt- und Friedrichstadt: 1. Juli Tw. mit Ortsgruppe zum Sanggebiet der Kienheide. — Johannstadt: 1. Juli Tw. Lichterhöhle, GR. Schandau. Abf. 6,10 Hbf. — Pieschen: 1. Juli Tw. Paisenwald, Heidemühlenteich 5 Uhr Mickten nach Coschütz. F.: Lieber. Jugendabteilung: 1. Juli Wtg. (mit Baden) Dippelsdorfer Teiche. Radfahrer 6 Uhr Albertplatz, Fußwanderer 6,30 Uhr Wilder Mann. — Neustadt: 1. Juli Wanderung, Ullersdorfer Heide, anschl. Baden, 4 Uhr Marienallee (Lazarett). Süd: 1. Juli mit der Gruppe Johannstadt n. d. Lichterhöhle. Abf. 6,10 Hbf. (GR. Schandau) — Wintersportsektion: 1. Juli Radtour m. B. Dönschten. Abf. 15,30 Uhr Wienermühle. — Photosektion: 1. Juli mit Rad nach Demitz-Thumitz. 4 Uhr Alberttheater.

Naturfreunde Zschachwitz. Am 30. Juni und 1. Juli Beteiligung am Führerlager in Königstein. Abfahrt 16,35 Uhr. Am 4. Juli Musikalischer Abend der Musikabteilung 19,30 Uhr im Vereinslokal.

ARB „Solidarität“, Bezirk Groß-Dresden. Ausfahrten am Sonntag dem 1. Juli. Altstadt: Familienausflug nach den sieben hohen Wällen bei Liebethal. Abf. 8 Uhr vom Postplatz mit Straßenbahn 18 nach Pillnitz. — Cotta: B-Tour Milchschänke bei Weinböhla. Abf. 5 Uhr vom Anker. 12,30 Uhr Stellen am Anker zum Festzug des Vereins Volksgesundheit Dresden-West. — Radiz: Spieltour Ottrand. Abf. 5 Uhr. — Kemnitz-Zschieren: Nachmittags Badetour nach den Dippelsdorfer Teichen (Badezeug nicht vergessen). Abf. 13 Uhr. — Löbtau: Nachmittagsausfahrt nach der Kaisermühle. Abf. 13 Uhr Bürgergarten. Neustadt: Tour nach Hoyerswerda fällt aus, dafür am Sonnabend dem 30. Juni

Genosse Paul Zobel

Der Führer der Oppositionellen im Arbeitersport gegen den sich die größte Wut der Koalitionspolitiker wendet. Zobel ist seit 1910 aktiver Funktionär im Arbeitersport.

19 Uhr vom Abteilungslokal, Fichtenstraße 15, Abendausfahrt nach den Waldteichen zur Sonnenwendfeier. — Striesen: T-Tour nach Dippoldiswalde—Frauenstein—Glashütte. Abf. 6 Uhr vom Landsknecht. — Süd: Freier Sonntag. Spartakiade: 1. bis 8. Juli Spartakiade in Prag. — Motorfahrer: Bundestreffen aller Motorfahrer in Altenburg. Start 3 Uhr am Gasthof Wölfnitz. Strecke: Nossen—Waldheim—Rochlitz—Neuenmörbitz—Altenburg. Jeder Bundesgenosse möchte daran teilnehmen. Abfahrtszeiten werden pünktlich eingehalten. Gäste sind willkommen.

Die Rennfahrerabteilung veranstaltete am 24. Juni ein Rennen über 50 Kilometer, Arsenal—Königsbrück und zurück. In der A-Klasse wurden 1. Richter, Alfred 1 Std. 29 Min. 40 Sek. (Abteilungsmeisterschaft); 2. Eichhorn, Kurt (Lausa) 1 Std. 29 Min. 41 Sek.; 3. Märker, Erich (Braunsdorf) 1 Std. 29 Min. 42 Sek. 9 Fahrer starteten, 3 gaben auf. In der B-Klasse 1. Rothe, Emil 1 Std. 33 Min. (Abteilungsmeisterschaft); 2. Starke, Wilh. 1 Std. 33 Min. 1 Sek.; 3. Dreißig, Herbert (Kötzschenbroda) 1 Std. 33 Min. 3 Sek. 6 Fahrer starteten, 1 gab auf. In der C-Klasse 1. Märker, Rudi (Braunsdorf) 1 Std. 33 Min. 2 Sek.; 2. Prohe, Herbert 1 Std. 33 Min. 4 Sek.; 3. Conrad, Walter 1 Std. 47 Min. 32 Sek. Von 5 Gestarteten gaben 2 auf. Altersfahrer starteten 2: 1. Schanze, Otto 1 Std. 48 Min. 10 Sek.; 2. Dikkus, Fritz 1 Std. 50 Min. 25 Sek. Das Rennen verlief ohne Unfall. Der Dienst in Streckenbesetzung und Tätigkeit der Samariter sowie Motorfahrer wurde glatt erledigt. Beiden letzteren noch besonderen Dank.

Arbeiter-Radfahrer Coßmannsdorf u. Umg. Sonnabend den 7. Juli 20 Uhr Monatsversammlung im Rest. Lindengarten. 8. Juli Bezirks-Jugendausfahrt nach der neuen Talsperre an der Lehmmühle, alle Jugendlichen haben daran teilzunehmen. 21. Juli Nachtpartie zu Fuß mit Marschmusik nach Löbau. Abmarsch 19 Uhr Lindengarten. Alle Genossinnen und Genossen mit ihren Angehörigen und Gäste sind willkommen.

Arbeiter-Radfahrer Leuben-Dobritz. Sonntag den 1. Juli Ausfahrt nach Hohnstein. Abfahrt 6 Uhr Gasthof Leuben.

ARB „Solidarität“, Ortsgr. Heidenau. Morgen Freitag den 29. Juni 19 Uhr außerordentlich wichtige Verwaltungssitzung. Alle Verwaltungsmitglieder haben die Pflicht zu erscheinen. Außerdem ist jedes Mitglied verpflichtet, die vom Bezirksleiter Lindemann für den gleichen Tag 19,30 Uhr nach dem Sportheim einberufene außerordentliche Generalversammlung zu besuchen.

Deutscher Arbeiter-Kegler-Bund, Ortsgruppe Groß-Dresden. Montag den 2. Juli 20 Uhr Sitzung der 1. und 2. Städtemannschaft im Rest. Ramsburg, Luisenstraße. Alles erscheinen.

Geschäftliche Mitteilung

Die Ehape Aktiengesellschaft für Einheitspreise eröffnet mit dem heutigen Tage ihre zweite Filiale in Dresden, Alaunstraße 8, als 48. Filiale seit Januar 1926. In der Ehape werden Sortimente in nur zwei Preislagen geführt, und zwar zu 25 und zu 50 Pf. In der Einrichtung und Ausstattung der Läden herrscht strengste Sparsamkeit. Phantasiemietpreise werden nicht bezahlt; keine Expedition, keine Kontrollorgane, Packtische usw. Die Lagerhaltung ist verhältnismäßig einfach. Alles wird vermieden, was die Ware verteuern könnte oder einer Verbesserung der Qualität hinderlich wäre, und das Hauptgewicht auf die Leistungsfähigkeit in der Ware gelegt. Die Ehape-Geschäfte sind in 20 Abteilungen eingeteilt, und zwar: 1. Kurzwaren und Besatzartikel, 2. Herrenartikel, 3. Weißwaren, 4. Strümpfe, 5. Strick- und Wirkwaren, 6. Stoffe, 7. Gardinen und Wachstuch, 8. Küchenartikel, 9. Haushalt- und technische Artikel, 10. Porzellan und Steingut, 11. Glaswaren, 12. Konserven, 13. Kolonialwaren, 14. Fettwaren, 15. Konfitüren, 16. Seifen und Parfümerien, 17. Toilettenartikel, 18. Bijouterie- und Geschenkartikel, 19. Schreibwaren und 20. Spielwaren.

Kolporteur-Konferenzen

Freiberg. Freitag den 29. Juni, 19,30 Uhr — Lokomotive.

Zittau-Ebersbach. Sonntag den 1. Juli, 11 Uhr, Ebersbach — Stadt Leipzig.

Dresden-Leuben-Bannewitz. Montag den 2. Juli, 19,30 Uhr — Restaurant Groba, Schnorr-, Ecke Uhlandstraße.

Bautzen-Bischofswerda. Freitag den 6. Juli, 19,30 Uhr — Sonne — Gew.-Haus.

Freital. Mittwoch den 4. Juli 19,30 Uhr. JAH — Kinderheim.

KPD / Bezirk Ostsachsen / Sekretariat
Adresse: Siegfried Rädel, MdR., Dresden-A., Columbusstr. 9 / Tel. 28031 / Versammlungsnotizen müssen spätestens drei Tage vor dem Erscheinungsdatum im Sekretariat gemeldet sein. Auskünfte in allen Arbeiterfragen jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr

Donnerstag den 28. Juni

Heidenau. Alle Metallarbeiter müssen heute 19,30 Uhr im Kaffee Schwäbe erscheinen.

Freitag den 29. Juni

Stadtteil 2, Zelle 2. 19,30 Uhr im Südkasino, Schnorr-, Ecke Winkelmannstraße, öffentliche Werbeversammlung. Genosse Gruner spricht über seine Eindrücke in Rußland. Sympathisierende sind herzlich willkommen.

Stadtteil 2. Achtung! Wichtige Sitzung. Jeder Zellenleiter muß anwesend sein.

Stadtteil 3, Strz. A und B. 19,30 Uhr in Knapes Restaurant, Wasewitzer, Ecke Augsburger Straße: Versammlung. Wichtiges Thema. Referent vom Bezirk.

Stadtteil 5, Strz. Trachenberge. 19,30 Uhr im Köpenicker Hof Mitgliederversammlung.

Stadtteil 5. 19,30 Uhr in Palters Restaurant, Torgauer Straße, Sitzung der DMV-Fraktion.

Stadtteil 6, Cotta. 19,30 Uhr im Luftbad Cotta Mitgliederversammlung.

Kötzschenbroda. 19,30 Uhr im Goldenen Anker Mitgliederversammlung.

Sonnabend den 30. Juni

Pirna. 19 Uhr Treffen am Volkshaus betr. Wahlhilfe für oppositionelle Metallarbeiter.

Kommunistischer Jugendverband

Freitag den 29. Juni

UB Freital. 19,30 Uhr in Linkes Restaurant, Coßmannsdorf, erweiterte Leitungssitzung.

Jung-Spartakus-Bund

Ostsachsen. Alle Gruppen erhalten jetzt „Seid bereit“ Juni. Die anhängenden Fragebogen sind bis 30. Juni einzuschicken, sonst kommen die Pioniere nicht mit in das Lager.

Folgende Gruppen haben noch keine Marken zum Ferienlager abgerechnet: Lausa, Bautzen, Zittau, Pirna, Heidenau, Dohna, Gittersee, Freital, Brahlis, Johannstadt, Friedrichstadt, Südwest, Neustadt-Ost und Radeberg. Alle Pioniere wollen doch gern mit in das Ferienlager, deswegen sofort Rückschlagszahlungen einsenden. Für die Dresdner Gruppen ist Kassenstunde Montag den 2. Juli ab 18 Uhr im Parteibureau, die auswärtigen schicken das Geld an Genossen Sparschuh, Dresden-Seidnitz, Auerstraße 10. 10. Juli letzter Termin.

Roter Frontkämpferbund

Sonnabend den 30. Juni

Pirna. 19 Uhr am Volkshaus betr. Verbandstagswahl der Metallarbeiter.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Gau Ostsachsen. Alle Ortsgruppen- sowie Abteilungsleiterinnen wollen pünktlich ihre Monatsberichte an Genossin Lene Glaser, Dresden, Eilenburger Straße 15, schicken. Schlußtag jeden 15. des Monats. Maiberichte sind noch nicht alle da. Wer keinen schickt, wird durch die Zeitung aufgerufen.

Abteilung 3 (Striesen). Sonnabend den 30. Juni im Gasthof Blasewitz, Schillerplatz, Unterhaltungsabend mit Tanz. Rezitationen, Lieder zur Laute, russische Tänze. Mitwirkende: Schalmeienkapelle, JSB, Genossin Schild, Genosse B. Strzelewicz. Beginn 19 Uhr. Eintritt 30 Pfennig.

Rote Hilfe

Donnerstag den 28. Juni

Groß-Dresden. Ortsgruppenvorstand 17,30 Uhr Sitzung im Bureau. 19,30 Uhr Sitzung der Verwaltungsbezirksleiter im Bureau.

Dölzschen-Roßthal. Oeffentlicher Lichtbildervortrag über Revolution und weißen Terror in China. 19,30 Uhr im Gasthof Roßthal.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung (E. V.)

Sonnabend den 30. Juni

Coschütz. 20 Uhr Wanderversammlung beim Genossen Meyer, Grundstraße. Gäste willkommen.

Tageskalender der Dresdner Theater

Freitag. Oper: Die ägyptische Helena (19). Schauspielhaus: Gneisenau (19,30). Albert-Theater: Der letzte Schleier (19,30). Komödie: Kopf oder Schrift? (19,45). Centraltheater: Sünderin (20). Residenztheater: Schwarzwaldmädel (20).

Proletarische Rundfunkhörer!
Organisiert euch im Arbeiter-Radio-Bund.

Rundfunk

Freitag den 29. Juni

16,30—17,55 Uhr: Unterhaltungskonzert. 18,05—18,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18,30—18,55 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 19—19,30 Uhr: Walther Dänhardt, Direktor der Fachkammer für Gartenbau, Dresden: Arbeiten des Gartenfreundes im Blumen-, Obst- und Gemüsegarten. 19,30—20 Uhr: Prof. Dr. Friedrich Hempelmann (Leipzig): Vortragsreihe: Aus der Biologie der Tiere. Letzter Vortrag: Die Entwicklung der Tiere. 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20,05 Uhr: Funkwerbenachrichten. 20,15 Uhr: Waldmeister (Operette). 22,30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,45—24 Uhr: Tanzmusik.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab ________________ die

„Arbeiterstimme“

Organ der Kommunistischen Partei, Bezirk Ostsachsen

Vor- und Zuname: ________________

Wohnung: ________________

Vorder-/Hinter-Haus ... Tr./pt. bei: ________________

Pa. Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt Paul Otto, Meißen, Elbstr. 27

Trinkt Meißner Felsenkeller Cabinet

Hugo Dietrich, Meißen, Gerbergasse 14
Preiswerte Lederausschnitte Schuhmacher-Bedarfsartikel

Werbt Leser für die Arbeiterstimme

Fahrräder
Große Auswahl / Billige Preise
Bequeme Teilzahlung
M. Kuhnert, Fahrradhandlg.
Reitbahnstraße 26, Ecke Breite Straße

Hand- und Leiterwagen
auch mit Korbteilen — Alle Räder in allen Größen und Stärken sowie Spielwagenräder kauft man billig und gut bei
Osw. Walther, Pirna
Schloßstraße 9

Restaurant z. Börse, Pirna
Neue Bewirtung
Wir empfehlen unsere Lokalitäten mit schönem Vereinszimmer zur gefälligen Benutzung. Karl Jost und Frau.

Groß-Graupa!
Gasthof Erbgericht
Saal, Vereinszimmer, Garten, jederzeit den Vereinen zur Verfügung / Direkte Autoverbindung / Telefon Pillnitz Nummer 128 / G. Filchel und Frau

Gasthof zum Elbtal
Zschieren a. d. Elbe
Ausflugspunkt für Familien und Vereine / Schöner Garten / Jeden Sonntag feine Ballmusik

Gasthaus Altzscheila
Meißen
empfiehlt sich zur freundlichen Einkehr / Angenehme Vereinszimmer noch frei
Max Loisch

Fleisch-, Wurst-, Kolonialwaren
stets frisch bei
W. Töpfer, Meißen
Talstraße 60
Extra 6 Prozent Rabatt
Jeden Mittw. Schlachtfest

Hermann Graubner
Destillation und Likörfabrik
Telephon Nr. 236 MEISSEN Telephon Nr. 236
Liköre / Fruchtsäfte / Harzer Sauerbrunnen

Leinöl (heute frisch) bei
Max Hentzschel
Pirna, Lange Straße 6

Alle LEBENSMITTEL billig!
Wilh. Weickert, Pirna
Barbiergasse
6 Prozent Rabatt

Alle Lebensmittel billig!
Wilh. Baege
Pirna

SLUB
Wir führen Wissen.

An alle Mitglieder im Buchbinderverband!

In den letzten Tagen haben sich innerhalb unseres Verbandes Vorgänge ereignet, die der Höhepunkt der bisherigen organisationsschädigenden Arbeit seitens unserer Verbandsspitzen sind.

Alle Mitglieder, parteilose und sozialdemokratische Kollegen ersuchen wir, die nachfolgenden Ausführungen gründlich zu lesen und sachlich zu bewerten und wir sind uns gewiß, daß alle die Kollegen, die proletarisches Ehrgefühl besitzen und die sich leiten lassen von dem Gedanken des gewerkschaftlichen Aufbaues und die die Gewerkschaften nicht als eine Domäne der sozialdemokratischen Partei betrachten, mit uns gegen die unten aufgezeigten, verwerflichen Methoden ankämpfen.

Nach den Bestimmungen in unserem Verbandsinstitut hat jedes Mitglied zur Verbandstagswahl das Recht, Kandidatenvorschläge einzureichen. In Zahlstellen, in denen jedoch mehr als ein Delegierter zu wählen ist, müssen die Wahlvorschläge von mindestens 50 Mitgliedern unterzeichnet sein. **Da nun nach Ziffer 9 unseres Wahlreglements auf Grund der Verhältniswahl nach gebundenen Listen gewählt werden kann, erhält die Opposition im Buchbinderverband, wenn eine Liste der Opposition aufgestellt wird, zumindest zwei Delegierte.** Das ist unseren Verbandsspitzen jedoch äußerst unangenehm und daher ist ihnen jedes Mittel recht, um eine zweite Liste zu verhindern. **Es kommt unseren Spitzen darauf an, die Opposition auszuschalten, um dann auf dem Verbandstag und im Reiche von der großen Niederlage der Opposition in Dresden berichten zu können.**

Die Kandidatenlisten mußten bis zum 16. Juni aufgestellt sein. Die Opposition hat jedoch schon am 14. Juni ihre Liste eingereicht. 71 Kolleginnen und Kollegen des Betriebes der Firma Bergmann haben den Wahlvorschlag der Opposition unterzeichnet. Plötzlich, am 20. Juni, erhalten die Listenführer die Mitteilung, daß der Wahlausschuß die Liste 2 für ungültig erklärt hat, da angeblich bei den 71 Unterschriften 23 Namenszeichnungen durch vier Personen vorgenommen wurden.

Wenn tatsächlich Beanstandungen am Platze gewesen wären, hätte der Wahlleiter, wie bei jeder anderen [illegible] Verpflichtung gehabt, noch am 14., spätestens am 15. Juni, den Listenführern die Beanstandung mitzuteilen. Doch auf [illegible] **Durchführung der Wahl kam es ja nicht an. Es galt, die Opposition von den Wahlen auszuschalten.**

Es ist ganz selbstverständlich: Hier liegt eine offene Wahlschiebung vor. Durch Diktaturmethoden glauben unsere Verbandsspitzen ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Jeder Kollege, jede Kollegin wird es bei sachlicher Beurteilung dieses Falles verstehen, daß sich den Kolleginnen und Kollegen der Firma Bergmann eine ungeheure Erregung bemächtigte. **Anstatt noch die Abseitsstehenden für unsere Organisation zu gewinnen, diskutieren die Kollegen, daß es keinen Zweck hat, einer solchen Gewerkschaft, die nur Filiale der sozialdemokratischen Partei ist, anzugehören. Die Opposition ist gegen eine solche Argumentation. Sie ist grundsätzlich für gewerkschaftliche Einheit und kämpft für gewerkschaftliche Einheit. Sie kämpft aber auch gegen alle die verwerflichen Methoden der Verbandsspitzen, die die Werbekraft und die Aufbauarbeit der Freien Gewerkschaften aufs schwerste schädigen.**

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Bergmann haben **sofort** nach Bekanntwerden folgendes Protestschreiben an die Ortsverwaltung und den Wahlleiter, das von 71 Kolleginnen und Kollegen unterschrieben wurde, abgegeben:

„Unterzeichnete sind empört über die Ungültigkeitserklärung der Liste 2 durch den Wahlausschuß. Unsere Liste hat 71 Unterschriften. Wenn wirklich 23 Namenszeichnungen von nur vier Personen vorgenommen wurden, so hätte unsere Betriebsliste immer noch 52 gültige Stimmen. Wir bestreiten ganz entschieden, daß die Zahl 23 stimmt. Wenn ein Kollege oder eine Kollegin einen anderen Namen mit unterschrieben hat, so geschah dies ohne Wissen der Listenführer, da die Liste durch den Betrieb ging und weiter nur mit Zustimmung des betr. Mitgliedes.

Außerordentlich beschämend für gewerkschaftliches Leben ist es, wenn die Ungültigkeitserklärung der Liste 2 erst am 20. Juni bekannt wurde, nachdem die Liste schon am 14. eingereicht war. Bestanden Einwendungen gegen die Liste, so war der Wahlausschußvorsitzende verpflichtet, noch am 15. oder 16. Juni die Einwendungen den Listenführern bekanntzugeben.

Alle Unterzeichneten verlangen, daß die Liste 2 Gültigkeit erhält, widrigenfalls sie die gesamte Wahl anfechten."

Soweit das Protestschreiben. **Wahlleiter und Ortsverwaltung haben hierauf gar nicht reagiert,** sondern gehen mit einem kühlen Lächeln über diese Dinge hinweg. Bis zum heutigen Tage ist nicht einmal die beanstandete Liste den Listenführern gezeigt worden.

Eine Schande für den Buchbinderverband Dresden und ein Schandfleck für die Geschichte des Buchbinderverbandes wäre es, wenn die parteilosen und sozialdemokratischen Mitglieder des Buchbinderverbandes sich als willenlose, der Verbandsleitung in jeder Beziehung gefügige Werkzeuge gebrauchen lassen.

Lehnt euch alle auf gegen diese schmutzigen Methoden, ein Sturm des Protestes muß unsere Verbandsspitzen überzeugen, daß nicht sie der Verband, sondern wir, die Mitglieder, der Verband, die Gewerkschaft sind.

Der Aufruf der Ortsverwaltung, am Freitag die Urwahl vorzunehmen, und die Kandidaten mit den 11 Namen sind schon lange fertig. Die zweite Liste paßte unserer Verbandsleitung nicht in den Kram. **Sollen wir es aber dulden, daß der Wahlausschuß und die Ortsverwaltung die Mitgliederrechte mit Füßen treten? Nein und abermals nein, das muß die Antwort aller ehrlichen Gewerkschafter sein!**

Immer wieder muß verlangt werden, daß die Liste 2, die rechtmäßig eingereicht ist und den Bestimmungen des Statuts und Wahlreglements entspricht, die volle Gültigkeit hat. Der Massendruck der Mitgliedschaft muß den Gewerkschaftsspitzen ein Halt in der Durchführung ihrer verwerflichen Methoden bieten und sie zwingen, die Liste 2 anzuerkennen.

Solange die Liste 2 nicht anerkannt wird, wird die Opposition für die Anerkennung bzw. für die Ungültigkeitserklärung der gesamten Wahl kämpfen. Die Opposition wird Unterschriftensammlungen in den Betrieben vornehmen, um sie beim Hauptvorstand einzureichen. Alle die Kolleginnen und Kollegen, die noch proletarisches Empfinden haben, können die Schandtaten unserer Gewerkschaftsspitzen nicht decken und sind verpflichtet, auf den Protestlisten ihre Unterschrift zu geben.

Am Freitag soll die zusammengeschobene Wahl durchgeführt werden. Die Opposition wird einen eigenen Stimmzettel mit dem Aufdruck Liste 2 und beginnend mit dem Namen: Alfred Siegert herausgeben. Es gilt, alle noch Säumigen, die die Handlungsweise der Gewerkschaftsspitzen nicht decken, wachzurütteln und sie an die Wahlurne zu führen.

Nur die Liste 2, das ist die Parole!

Soweit das Flugblatt der Opposition im Buchbinderverband, das am Dienstag in der Mitgliederversammlung verteilt wurde. In der Mitgliederversammlung wagte die Bureaukratie keine Angriffe auf die Opposition. Alle Feststellungen der Opposition wurden auf das genaueste bestätigt.

Der Wahlleiter Schulze gab zu, schon am 14. Juni die Liste geprüft zu haben. Er hat es aber absichtlich unterlassen, wenn Beanstandungen am Platze gewesen wären, diese Beanstandungen noch am 14., 15. oder 16. Juni vorzunehmen. Das empörendste an dem Verhalten der Verbandsspitzen ist jedoch, daß **bis zum heutigen Tage keinem einzigen Mitglied bei Bergmann die Beanstandung der Liste gezeigt wurde.** Es ist ganz klar, daß werden die Verbandsspitzen auch nicht tun, weil sie dann selbst zugeben würden, daß die Oppositionsliste weit über 50 notwendige gültige Unterschriften trägt. **Heraus zur Wahl! Keiner darf fehlen! Alle Stimmen der Liste 2!**

Zum Verbandstag der Bergarbeiter

Am 8. Juli tritt in Magdeburg die 26. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zusammen. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 11 Punkte, von denen jedoch nur 4 eine besondere Bedeutung haben, das ist der Geschäftsbericht des Vorstandes, die Stellung des Verbandes zur internationalen Kohlenwirtschaft in Verbindung mit dem Bericht vom Internationalen Bergarbeiterkongreß, sowie die beabsichtigten Aenderungen des Statuts. Was überhaupt auf der Tagesordnung fehlt, das ist Stellungnahme der Generalversammlung zu der gegenwärtigen Lage im deutschen Bergbau, die besonders durch die verschärfte Rationalisierung und Ausbeutung der Bergarbeiter herbeigeführt worden ist. Aus dieser Situation ergibt sich auch die Notwendigkeit der Organisierung des Kampfes für die Einführung der Siebenstundenschicht im deutschen Bergbau unter Tage und der Achtstundenschicht über Tage. Einen solchen Punkt hat der Vorstand geflissentlich vergessen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Frage der Arbeitszeit und der Rationalisierung im Bergbau ist für ihn besonders unangenehm.

In der letzten Generalversammlung, die im Juli 1926 in Saarbrücken stattfand, hat Husemann scharfe Töne gegen die Grubenkapitalisten gebraucht und ihnen den Kampf angesagt. Angeblich sollte die wichtigste Aufgabe des Vorstandes sein, die Löhne der Arbeiter zu verbessern und die Arbeitszeit zu verkürzen. Seit der 25. Generalversammlung hat sich manches zugetragen, das genau das Gegenteil von dem zur Folge hatte, als was Husemann zu erreichen angab. Die Löhne der deutschen Bergarbeiter sind in allen Bergrevieren in ihrem realen Wert gegenüber 1926 gesenkt worden, das muß selbst die Bergarbeiterzeitung zugeben. Auch die Arbeitszeit ist durch die Rationalisierungsmethoden noch weiter verlängert worden. Die Unfall- und Krankenziffern im Bergbau steigen rapid. Die Entlassungen von Bergarbeitern auf fast allen Zechen haben erneut wieder eingesetzt. Die Belegschaften im Ruhrgebiet sind gegenüber dem Jahre 1926 um mehr als 40 000 vermindert, die Kohlenförderung dagegen um mehr als 10 Prozent erhöht.

An diesem Zustand ist die Verbandsleitung schuld. Bewußt hat sie die Kämpfe der Arbeiter sabotiert, die Schiedssprüche der Bürgerblockregierung und des zentrümlichen Reichsarbeitsministers Brauns anerkannt und dadurch zu der Verschärfung der Rationalisierung, zur Kürzung der Löhne, zur Steigerung der Unfälle und Krankenziffern positiv beigetragen.

Die Taktik des Verbandsvorstandes hat nicht nur in der Vergangenheit die Politik des Grubenkapitals und deren Bürgerblockregierung unterstützt, sondern der Vorstand schickt sich jetzt auch an, mit allen Mitteln die Politik der neuen Regierung der Großen Koalition, in der Sozialdemokraten gemeinsam mit den volksparteilichen Vertretern der Schwerindustrie zusammensitzen, zu vertreten.

In Konsequenz dieser Politik des Verbandsvorstandes richtet sich auch die Ausschlußpraxis gegen die führenden Genossen der Opposition. Der Ausschluß des Genossen Sobottka und einer Reihe anderer Genossen, die weiteren Ausschlußandrohungen sollen verhindern, daß die arbeiterfeindliche Politik des Verbandsvorstandes auch innerhalb der Mitgliederkreise rücksichtslos bloßgestellt wird. Darum hat der Verbandsvorstand auch unter Bruch des Statuts die Wahl von drei oppositionellen Verbandstagsdelegierten des Ruhrgebiets, darunter die des Genossen Schieß, annulliert und seinen reformistischen Freunden die Mandate zuerkannt.

Auf dem Verbandstag wird die Opposition Gelegenheit haben, vor der vollen Oeffentlichkeit diese Politik des Verbandsvorstandes einer scharfen Kritik zu unterziehen, insbesondere auch die Ausschlußpraxis des Verbandsvorstandes an den Pranger zu stellen. Die wirtschaftsfriedliche Politik des Vorstandes und seine Ausschlußwut hat auch verhindert, daß der Verband an Mitgliedern zugenommen hat. Während die übrigen deutschen Gewerkschaften im letzten Jahre über eine halbe Million an Mitgliedern zugenommen haben, hat der Bergarbeiterverband besonders im Ruhrgebiet noch an Mitgliedern verloren. Diese Tatsache zeigt, daß Husemann und seine Freunde im Vorstand des Bergarbeiterverbandes in der Arbeiterfeindlichkeit ihre Kollegen in den anderen deutschen Verbänden noch übertreffen. Auch an dieser Tatsache wird der Verbandstag nicht vorübergehen können.

Ein anderer wichtiger Punkt ist das Verhalten der Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes auf dem Internationalen Kongreß der Bergarbeiter zum Kohlenproblem. Mit aller Schärfe muß dieses Verhalten, das Anbetteln der Kapitalisten des Völkerbundes durch die Vertreter einer Arbeiterorganisation, verurteilt werden. Auch die Stellung des Verbandes zu einer wirklichen Bergarbeiter-Internationale muß hierbei zur Sprache kommen.

Das sind nur einige Punkte, die wir hervorgehoben haben. Wir geben uns jedoch nicht der Illusion hin, daß der Verbandstag zu diesen Fragen Stellung nehmen wird, wie es im Interesse der Bergarbeiter notwendig wäre. Die Bureaukratie wird es immer verstehen, die Verbandstage so zusammenzuschieben, daß sie ihr ein Vertrauen aussprechen. Jedoch wird sie es nicht fertigbringen, die Stimme der Opposition auszuschalten und die Opposition mundtot zu machen. Das gilt auch von dem jetzigen Verbandstag in Magdeburg. Die Opposition wird um ihre Grundauffassung und um die Interessen des Bergproletariats kämpfen bis zur Beseitigung der reformistischen Bureaukratie von der Führung des Verbandes und dadurch auch den Weg freimachen zu einer Verbesserung der Lebenshaltung des Bergproletariats. In diesem Kampfe wird sie auch die Unterstützung aller Bergarbeiter finden. Das haben die Delegiertenwahlen bewiesen, bei denen trotz Terror und Schiebung des Vorstandes die Opposition gestärkt hervorgegangen ist.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Renner; für Lokales, Gewerkschaftliches, Sport und Feuilleton: Richard Speyer; für den Inseratenteil: Arthur Burkert. Sämtlich in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft — Druck: „Peuvag" Druckereifiliale Dresden

EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(28. Fortsetzung.)

Täuschte sich Harvey Word oder unterdrückte Frau Bright tatsächlich einen Seufzer der Erleichterung?

„Also, sagen Sie mir, was ich tun soll, lieber Doktor. Ich darf nicht zusammenbrechen, muß meinem armen Mann, der über Ethels Tod ganz fassungslos ist, helfen."

Word wollte eben antworten, da vernahm er im anstoßenden Arbeitszimmer laute Stimmen und runzelte erschreckt die Stirne.

„Laß mich hinein, laß mich hinein. Mir fiel ein Wort ein, ich muß es ihm sagen, rasch, ehe ich es vergesse!"

Das war die Stimme des alten Mannes.

Delia Bright schrak zusammen, und ihre rosigen Wangen erbleichten.

„Wer . . . wer spricht dort?" stammelte sie.

„Einer meiner Patienten, Frau Bright. Er ist ganz harmlos. Sie brauchen keine Angst zu haben."

„Bleib hier, du alter Idiot! Geh nicht an die Tür!" Das war Tommy.

„Aber ich muß doch, er befahl mir, ich müsse, wenn mir ein neues Wort einfällt, es ihm sofort sagen."

„Sag es mir und schrei nicht so. Komm her!"

„Laß mich los! Laß mich los!" kreischte die alte Stimme. „Ich muß zu ihm! Laß mich los!"

Ein Stuhl wurde umgeworfen, die Tür flog auf, der alte Mann stürzte herein, klammerte sich an Harvey Words Arm: „Rasch, rasch, laß mich reden, nun weiß ich, woher ich komme, kenne den Namen."

Word packte ihn und schob ihn heftig ins andere Zimmer zurück. Der alte Mann schaute ihn erschrocken und verständnislos an.

„Nun?" fragte Word sanft. „Nenne den Namen."

Aber die Aufregung war zuviel für den alten Mann gewesen; er starrte den Psychiater an, öffnete den Mund ein paarmal, begann dann jämmerlich zu weinen, wie ein kleines Kind.

„Ich habe ihn wieder vergessen!"

Als Word eilends in sein Sprechzimmer zurückkehrte, lag Delia Bright ohnmächtig auf dem Fußboden.

•

Am gleichen Abend saßen Harvey Word und Tommy im Arbeitszimmer und besprachen die Vorfälle des Tages.

„Dieses Frauenzimmer kam her, um zu spionieren," erklärte Tommy kategorisch.

„Das glaube auch ich. Es ist ein rechtes Pech, daß sie den alten Mann sah — falls unser Verdacht tatsächlich berechtigt ist."

„Falls! Falls!" spottete Tommy. „Selbstverständlich ist er berechtigt. Ich nehme Gift darauf, daß der alte Idiot John Mannister ist und daß die Brights an ihm ein ungeheures Verbrechen verübt haben."

„Es ist schade, daß er in seiner Aufregung das Wort vergaß," meinte Word sinnend. „Es scheint mir, als ob er sich unter meiner Behandlung dennoch ein wenig erholte."

„Ja," nickte der Bursche. „Er hat sich zum Beispiel schon gemerkt, daß ich Tommy heiße."

„Vielleicht gelingt es uns mit der Zeit, etwas Genaueres von ihm zu erfahren."

„Ich würde ihn aber nach dem heutigen Erlebnis anderswo unterbringen," riet nach einer kurzen Pause der einstige Taschendieb.

„Ja, daran dachte auch ich. Aber wo?"

„Ich will morgen früh zum Großvater gehen und mir Rat holen."

Word rauchte eine Weile stumm. Dann sagte er: „Sieh doch nach, Tommy, ob der Alte schläft. Wenn er wach ist, will ich noch einmal mit ihm reden. Vielleicht erinnert er sich doch an das Wort. Ich ginge selbst, aber ich bin todmüde."

Tommy gehorchte.

Eine Minute später kam er bloß und erschrocken gelaufen: „Harvey, der Alte ist fort!"

„Unsinn!"

Harvey Word schnellte, alle Müdigkeit vergessend, von seinem Sitz.

„Nein, nein!" beharrte Tommy. „Ich suchte ihn überall."

Word war bereits hinausgelaufen, kehrte aber sogleich zurück: „Er ist wirklich fort!"

„Verdammt!" schrie Tommy wütend.

„Wir müssen ihn suchen!"

„Der Hund."

Word pfiff, und ein schöner großer Polizeihund kam herbeigelaufen. Word hielt ihm ein Kleidungsstück des Alten an die Nase: „Such, Sniff, such, verloren!"

Der Hund schnupperte den Korridor entlang, trabte in die Halle, kratzte an der Tür.

Word öffnete sie und folgte laufend dem Hunde die Treppe hinab.

„Harvey!" brüllte Tommy von oben. „Warte auf mich, du hast keinen Revolver!"

„Bring ihn mir!"

Tommy holte den Revolver aus der Schreibtischlade und raste Word nach.

Auf der Straße nahm der Hund eine Spur auf.

„Sie können ihn nicht im Auto fortschaffen," keuchte Tommy. „Ein wahrer Segen, daß der alte Idiot solche Angst vor Autos hat. Sein Brüllen würde die ganze Straße aufscheuchen."

Harvey Word nickte stumm. Er rannte mit zusammengebissenen Zähnen hinter Sniff einher. Das Herz pochte ihm bis in die Kehle hinauf, trotz dem raschen Lauf schauderte ihn. Was wird aus dem unglückseligen Alten werden? Er kannte die Menschen, mit denen sie kämpften, und deren Methoden nur allzu gut, hatten sie doch auch ihm sein Lebensglück zerstört; nur Jack Bensons Freundschaft und das Bewußtsein, den Kampf gegen diese Verbrecher weiterzuführen, hatten ihm damals die Kraft zum Weiterleben verliehen.

Sniff bog in eine Nebengasse ein, hob den Kopf, schlug an.

Vor ihnen hasteten drei Männer dahin; Harvey erkannte den alten Mann, der zwischen zwei großen starken Männern dahinschritt, von ihnen vorwärts gezerrt.

Harvey raste vor, rief dem Hund zu:

„Faß an, Sniff!"

Sniff stürzte sich von hinten auf einen der Männer, schlug ihm die Zähne in den feisten Nacken. Der Mann ließ den Alten los. Der zweite Mann wandte sich um, sah Harvey und stürzte sich auf diesen. Die beiden rangen miteinander.

Der Alte erblickte Tommy, erschrocken lief er auf ihn zu, klammerte sich an ihn.

„Bring ihn fort, Tommy!" schrie Harvey Word. „Kümmere dich nicht um mich."

Unvorsichtigerweise hatte er beim Sprechen den Kopf gedreht. Seinem Gegner gelang es, in die Tasche zu greifen. Ein Schuß knallte. Harvey Word stürzte zu Boden.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Volksgesundheit Dresden West

25. Stiftungsfest

Sonnabend, den 30. Juni 1928, im Schusterhaus

Kommers

Sonntag, den 1. Juli 1928, im Luftbad Hebbelstraße

Weckruf / Konzert / Umzug
Belustigungen / Aufführungen
Illumination usw.

Um zahlreiche Teilnahme und Schmückung der Häuser durch Fahnen usw. wird die Einwohnerschaft gebeten

Festschrift 50 Pfennig / Für beide Tage gültig

Arb.-Turn- und Sportverein Freital-Deuben (E.V.)

TURNHALLENWEIHE

Freitag: Festabend der Jugend auf dem neuen Turnplatz
Sonnabend: Ab 15 Uhr, Sportplatz, **Oelfabrik:** Spiele sämtlicher I. Mannschaften in Hand- und Fußball / 20 Uhr Festabend in der **neuen Turnhalle**
Sonntag: Von 7 bis 9.30 Uhr sportliche Wettkämpfe / 10 Uhr Werbestaffel, Start und Ziel Turnhalle, Rudeltstraße / 14 Uhr Stellen zum Festzug, nach Eintreffen an der Turnhalle Freiübungen der Kinder, Turnerinnen und Turner und Geräteturnen nach süddeutscher Art / 18 bis 19 Uhr Handball Deuben I — Riesa I
Ab 9 Uhr Vorführungen in der Halle mit Tänzchen
● Eintritt: Freitag 30 Pf., Sonnabend (Sportplatz) 50 Pf., Halle 60 Pf., Sonntag 50 Pf.
Dauerkarten für alle Veranstaltungen 1 Mark

Um Unterstützung bittet **der Festausschuß**

Zur Aufklärung!!

Fahrräder für 40, 50 und 60 Mark

wie die Konkurrenz anbietet, führen wir nicht, weil wir unsere Kundschaft vor **Hals- und Beinbruch** bewahren wollen. Auch wir bekommen die Fahrräder waggonweise von unserer Fabrik und führen ein reichhaltiges Lager vom einfachsten, solidesten bis zum feinsten Luxusmodell mit 3 Jahre Garantie. Trotz billigster Preise

auch auf Abzahlung, bei sofortiger Kasse 10% Rabatt

Fahrradfabrik **Fahrradhaus Frisch auf**
mit 19 Filialen im Reiche

Filiale: **Dresden** Könneritzstr. 17 am Wettinerbahnhof

Verlangen Sie unseren Räderkatalog gratis und franko

Großer
Räumungs-Verkauf
wegen Umzug

Auf meine schon niedrigen Preise **15 Proz.** Rabatt
Auf verschiedene Artikel bis **30 Proz.** Ermäßigung

Kaufhaus Dietrich
Klein-Zschachwitz Kyawstraße 7

Geschäfts-Übernahme

Der geehrten Einwohnerschaft von **Pirna und Umgegend** hierdurch zur Kenntnis, daß ich das

Restaurant zur Börse

von Herrn Riedel käuflich erworben habe.

Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, alle unsere Gäste aufs beste zu bedienen.

Für gute Küche und Keller ist bestens gesorgt.

Solide Preise!

Hochachtungsvoll
Karl Jost und Frau

Amtliche Bekanntmachungen

— Struppen —

Gemeindeverordneten-Neuwahl

Infolge Auflösung des Gemeindeverordnetenkollegiums durch Bürgerabstimmung findet die Neuwahl der Gemeindeverordneten am **Sonntag, dem 22. Juli 1928, von 8 Uhr bis 17 Uhr,** im Mittelgasthof statt. Die **Wahlkartei** liegt vom 1. bis mit 8. Juli dieses Jahres im Gemeindeamt öffentlich aus. Zu wählen sind 18 Gemeindeverordnete. Die **Wahlvorschläge** sind bis zum 5. Juli 1928 bei dem Gemeindewahlleiter einzureichen und Wahlvorschlagsverbindungen bis zum 15. Juli 1928 zu erklären. **Näheres** siehe Anschläge an den Gemeindetafeln.

Struppen, am 25. Juni 1928.

Der Gemeindewahlleiter.

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herren-zimmer
Küchen und einzelne Möbel
Reparaturen
Kinderbetten
preiswert
Kurt Gregor
Pirna
Barbiergasse 14/15

Sämtliche altbekannten
Biere
liefert frei Haus und Kantine
Kurt Noack
Dohnaischer Platz

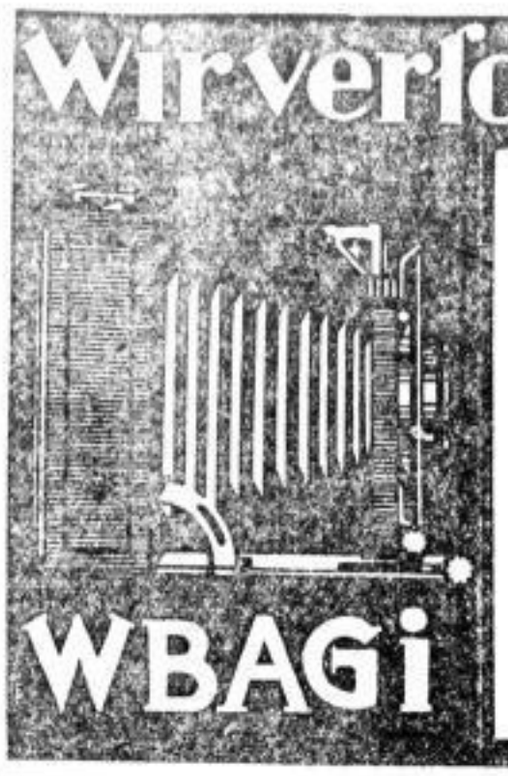
Radeberger Pilsner
Felsenkeller Lager
in Flaschen und Gebinden
liefert frei Haus
Paul Müller
Bierhandlung
Pirna-Copitz / Telephon 652

Branntwein
Weinbrand
Beerenweine
Haußwald
Pirna, Am Markt

Fahrräder
Stoewer, Greif, Panzer und andere
zu niedrigsten Preisen und Teilzahlung
alle Ersatzteile und Reparaturen
bei
E. Siebrach
Copitz, Lohmener Str. 25

Gummischürzen
für Frauen und Kinder
Regelluchschürzen
Saureschürzen
Ewald Kluge,
Pirna, Langestraße 11

Wir verschenken 5000.-



Die untenstehenden fünf Buchstaben (WBAGi) sind Anfangsbuchstaben unserer Firmenbezeichnung. Diese Buchstaben ergeben nach Umstellung den Namen für unsere Photoapparate. Unsere Preisfrage lautet daher:

Welchen Namen haben unsere Apparate?

Für die Einsendung des richtigen Namens haben wir **RM. 3500.-** ausgesetzt, die von Herrn Rechtsanwalt Dr. Oldenburg, Berlin W 35, unter Aufsicht zur Verteilung gelangen. Folgende Preise sind ausgesetzt:

1. Preis RM. 400.— 3. Preis RM. 200.—
2. Preis RM. 300.— 4. Preis RM. 100.—
und für 2500 RM. Photoapparate.

Die Verteilung der Preise findet durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Oldenburg am 23. Juli d. Js. statt. Nach Abschluß dieser Verteilung kommen noch **RM. 1500.-** in bar für die besten mit unseren Photoapparaten hergestellten Aufnahmen zur Verteilung. Dieser Verteilungstermin sowie die Namen der Preisträger aus unserer heutigen Preisfrage werden im Berliner Tageblatt am 30. Juli d. Js. bekannt gegeben.

Die Beteiligung an unserer Preisfrage sowie an unserem Photo-Wettbewerb ist für jedermann frei und kostenlos. Beteiligt ist jeder, der uns den richtigen Namen unseres Photoapparates einsendet.

Die Einsendung muß im geschlossenen Briefumschlag mit einer Freimarke und genauer Absender-Adresse versehen bis zum 10. Juli d. Js. an nachstehende Adresse erfolgt sein.

Wohnungs- und Industrie-Bau G. m. b. H., Abt. Photoapparate, Berlin W 57

Achtung! **Fußballwettkampf** **Achtung!**

Freitag, den 29. Juni 1928, 18.30 Uhr:

DSV I-Fortschritt I

Stadion, Dresden Ost, Hepkestraße

Ehape

25 PFG. 50 PFG.

Nichts über 50 Pfg.

Jetzt **48** Läden.

Unser neuester Laden in

Dresden-Neustadt

Alaunstraße 8

wird morgen nachmittag 3½ Uhr

eröffnet!

Ehape Aktien-Gesellschaft für Einheitspreise.

Erstes und größtes Einheitspreisunternehmen auf dem europäischen Kontinent.

Weitere Läden im hiesigen Bezirk:
Dresden, Amalienstraße 13
Freital, Ecke Dresdener- u. Augustusstr.

Alle
Lebensmittel
äußerst billig!
Fritz Leuschke
Pirna-Copitz
Pillnitzer Str. 11

Abonniert die Arbeiterstimme

Kleiderschrank, Vertiko, Kommode, Küchenschrank, Sofa, Chaiselongue, Bettstelle m. Matratze, Spiegel, Tische, Stühle, Garderobenschränke verk.
Palmstraße 31, part.
Evtl. Teilzahlung

Preiswerte Ausführung sämtlicher
Möbel
G. Kopprasch
Tischlerei
PIRNA

Gelegenheitskäufer

sind wohl dem Geschäftsmann angenehm. Sein Hauptziel aber ist:

Dauerkundschaft

Sie wird geworben durch das

Inserat

welches regelmäßig erscheint. Inserieren Sie deshalb in der

Arbeiterstimme